

1934 - 1945

# Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 7—10

Juli—Oktober 1956

1 Schilling

## Der Ruf der Freiheit

Während in unserem Lande die innenpolitischen Gegensätze trotz der Koalition in immer schärferem Maße zutage treten und nach außen hin überall dort ganz deutlich sind und allgemein erkannt werden, wo es um die berechtigten Interessen der arbeitenden Menschen in Stadt und Land geht, bahnen sich außerhalb Österreichs ganz große Auseinandersetzungen von höchster politischer Tragweite an. Zypern, Marokko, Tunesien, Algerien oder Suez — um nur einige Beispiele zu erwähnen — mögen bei etwas oberflächlicher Betrachtung jedes einzelnen Falles als solchem vorerst vielleicht auch nicht mehr als den Charakter von innenpolitisch bedeutsamen Ereignissen haben; in Wahrheit jedoch sind alle diese Ereignisse erbitterte und blutige Teilkämpfe einer einzigen gewaltigen Auseinandersetzung, so weit diese in der westlichen Welt, und zwar im weitesten Sinne des Wortes, also auch über die rein geographischen Standortbegriffe hinaus, ausgetragen werden.

Zur gleichen Zeit aber spielt sich diese Auseinandersetzung auch in der östlichen Welt in nicht minder blutigen und heftigen Formen ab. Und dort sind wir als Sozialisten und Freiheitskämpfer vielleicht noch mehr und viel brennender am Geschehen interessiert als im Westen. Imperialistische Zielsetzungen und nationale — und damit immer zusammenhängend persönliche — Unterdrückung dort, sind uns aus jahrzentelangem Kampf zur Genüge bekannt und unsere sozialistischen Genossen in aller Welt ringen zähe um die Verwirklichung unserer Grundsätze um Freiheit, Gleichberechtigung und Menschenwürde. Aber imperialistische Zielsetzungen und nationale Unterdrückung im Namen des Ostens, des „Vaterlandes aller Werktätigen“, wie sich die gewaltige Sowjetunion einmal stolz genannt hat?

Schon mehrmals haben sich am Horizont der Satelliten hinter dem Eisernen Vorhang, der sie vom übrigen Europa abtrennen hätte sollen, Sturmzeichen gezeigt, die eine solche Tendenz zu bestätigen schienen: Die zahlreichen Schauprozesse, die Vorgänge in der benachbarten Tschechoslowakei, der heroische Versuch der Arbeiter in Ost-Berlin und jetzt der Volksaufstand in Posen. Und während diese Zeilen geschrieben werden, zeigen sich auch schon Anzeichen von noch viel bedeutsameren Ereignissen in einem anderen Nachbarland, in Ungarn.

Der Ruf nach Freiheit ist nicht mehr zu unterdrücken; er kann weder durch Morddrohung und Anwendung von nackter Gewalt in der jeweils zur Verfügung stehenden und usuell gewordenen Form, noch durch revolutionär verbrämte oder opportunistisch verklausulierte Phrasen zum Verstummen gebracht werden. Wenn es eines weiteren Beweises für diese Feststellung bedurft hätte, dann haben ihn die jüngsten Ereignisse in Polen erbracht; es kann als sicher gelten, daß auch die kommenden Vorgänge zunächst in Ungarn, aber ebenso in anderen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, sowie schließlich in aller Welt diesen Beweis immer wieder von neuem erbringen werden. Und was im Großen sich bewahrheitet, das kann im Kleinen nicht minder richtig sein, im Mikrokosmos unseres eigenen Alltags.

Darum stimmen auch wir Freiheitskämpfer aus ganzem Herzen in den Ruf ein, der schon seit Generationen immer wieder unsere Besten begeistert hat:

**„Der Freiheit eine Gasse“**

# Die MÖRDER von Boryslaw

## Bericht über einen Prozeß

Der Verfasser hatte als Privatbeteiligtenvertreter im Boryslawer Polizistenprozeß nicht nur Gelegenheit, den Sachverhalt kennenzulernen, sondern auch die Schuldigen in ihrer Verantwortung und in ihrem Auftreten zu beobachten. Als Jurist, der praktisch im Prozeß mittätig gewesen ist, aber auch als Soziologe, der über das rein Juristische hinaus das Historisch-Politische des Geschehens betrachtet hat, ist er zu den folgenden Erwägungen und Gedanken über diesen Prozeß gekommen.

Der Prozeß war ein politischer Prozeß; und in der Geschichte spielen politische Prozesse eine besondere Rolle. Der politische Prozeß an sich ist eine besondere Art des Prozesses, denn es liegt ja eigentlich ein Widerspruch in den Worten „politischer Prozeß“. Prozesse haben mit der Justiz zu tun, mit der Rechtsprechung, mit der Gerechtigkeit. Politik ist nicht an die Folgen der Rechtsordnung gebunden; sie ist tatsächliches Geschehen, das sich in einer menschlichen Gesellschaft abspielt. Und doch könnte es eine Vereinigung beider geben; dann nämlich, wenn die Durchführung eines Prozesses, der die Durchführung der Gerechtigkeit sein soll, wirklich einen Einfluß — und zwar in dem Sinne dieser Gerechtigkeit — auf die Geschicke einer menschlichen Gemeinschaft nimmt.

Es hat politische Prozesse gegeben, bei denen es um das Schicksal eines Einzelmenschen gegangen ist, die dadurch, wie dieser Prozeß für den einzelnen Menschen ausgegangen ist, weitreichende Wirkungen auf die Politik in der Zukunft gehabt haben: Der Prozeß Sokrates, der Prozeß Jesu, der Prozeß Huß, der Prozeß Galilei, der Prozeß Dreyfus und viele andere Prozesse. Dann hat es politische Prozesse gegeben, bei denen nicht das Schicksal eines Einzelmenschen entschieden worden ist, sondern das Schicksal von Bewegungen und Ideen: Der Halsbandprozeß vor der Französischen Revolution, der Reichstagsbrandprozeß in Deutschland, die politischen Schauprozeße in Sowjetrußland und viele andere mehr. Es hat Prozesse gegeben, in denen über das Schicksal von Minoritäten entschieden worden ist und über das Schicksal von politischen Richtungen: Der Kramarsch-Prozeß im ersten Weltkrieg, der Prozeß Friedrich Adler im ersten Weltkrieg. Und es hat Prozesse gegeben, die historisches Geschehen abgeschlossen haben, wie den großen Nürnberger Prozeß 1946 und die Kriegsverbrecherprozesse.

Zu diesen politischen Prozessen gehört auch der Prozeß gegen die Boryslawer Polizisten. Die Tatsachen sind bekannt: In Boryslaw wurden in den Jahren 1941 bis 1944 zirka 30.000 Juden, teils aus Boryslaw, teils aus der Umgebung, getötet oder auf andere Weise durch Transport in Vernichtungslager liquidiert. Solche

Kriegsverbrecherprozesse sind eigentlich in den letzten Jahren nicht mehr durchgeführt worden. Die Erinnerung daran ist verblaßt, die Toten weckt niemand auf, und die Lebenden sprechen nicht mehr gern von den Untaten, die geschehen sind. Nur durch die Tatsache, daß eine Anzahl dieser seinerzeitigen Schutzpolizisten, denen die Morde zur Last gelegt werden, von der Besatzungsmacht nach der Sowjetunion gebracht worden waren und erst nach dem Staatsvertrag wieder nach Österreich zurückgeschickt worden sind, ist es zur Aufrollung dieses Prozesses gekommen.

Es war ein politischer Prozeß und ein Prozeß, dem politische Wichtigkeit beizumessen ist. Elf Jahre sind seit dem Krieg vergangen. In Mitteleuropa und auch in Österreich herrscht eine wirtschaftliche Konjunktur. Die Kriegsschäden verschwinden mehr und mehr, da eine große Bautätigkeit Neues an Stelle des Zerstörten setzt. Und nun kommt auf einmal eine Erinnerung an diese Zeit . . . Die Menschen, die gerne vergessen und am liebsten ihre eigenen Sünden, lieben das Erinnern nicht. Auch an eigenes Leid will man nicht gerne erinnert werden. Das Drama des griechischen Dichters („Die Perser“) wurde von den Athenern abgelehnt, weil sie nicht an „das heimatliche Leid“ erinnert werden wollten. An die heimatlichen Sünden will man noch viel weniger gern erinnert werden.

Und doch ist es notwendig, daran zu denken und nicht zu vergessen.

Die Ereignisse des Prozesses sind ebenso in Erinnerung wie das Prozeßergebnis. Zwei der am meisten Belasteten wurden verurteilt, der eine zu lebenslänglichem Kerker, der andere zu 20 Jahren. Vier, denen man wohl manches nachweisen konnte — einer hat aus freien Stücken zwei Morde gestanden —, wurden von den Geschwornen freigesprochen. Es war dies offensichtlich unter dem Eindruck geschehen, daß die Angeklagten zirka acht Jahre in Rußland verbracht haben und eine Strafe also bereits erfolgt sei. Auch dieser Spruch der Geschwornen hätte anders lauten können. Man hätte den Schuldspruch fällen können, und diese vier wären dann doch nur zu vielleicht neun oder zehn Jahren verurteilt worden. Sie wären also auch sofort oder in kürzester Zeit wieder auf der Straße gewesen. Die Geschwornen haben anders entschieden.

Die Ausrede der Angeklagten ist dahin gegangen, sie hätten „auf Befehl“ gehandelt und

hätten dem Befehl Folge leisten müssen. Wir kennen diese Ausrede. So haben auch die Angeklagten im Nürnberger Prozeß gesprochen, die doch die Höchsten in der Hierarchie gewesen sind. Sie haben alles auf Hitler geschoben. So haben es die Freigesprochenen Schacht und Papen gemacht. Und diese Ausrede ist in allen Kriegsverbrecherprozessen vom Obersten bis zum Untersten gegangen. Immer hat einer den Befehl eines Höheren befolgt, und der ganz Höchste hat dann den Befehl des Allerhöchsten befolgt, nämlich den Befehl Hitlers; und der ist verschwunden. Ist es möglich, daß ein Mensch, der gerade und gerecht denkt, diese Ausreden anerkennen kann? Es ist nicht möglich daß nur ein Mann befohlen hat und ein ganzes Volk blind nur den Befehlen dieses einen Mannes gehorcht hat. Ein Mann allein kann nicht einem ganzen Volk befehlen. Zu einem Befehl gehört nicht nur das Wort, das den Befehl ausspricht, es gehört auch die Macht dazu, die die Befolgung des Befehles erzwingt. Nur dann hat ein Befehl Aussicht auf Befolgung. Die Macht und die Waffen hat aber nicht ein Mann allein, die haben auch nicht einige, sondern über sie verfügt eine ganz große Anzahl Gefolgsleute. Und nur wenn die ganz große Anzahl von den Waffen Gebrauch machen will, um die Befolgung des Befehls durchzusetzen, nur dann wirkt der Befehl zwingend. Dann aber kann sich niemand, der den Gruppen angehört, welche die Waffen führen, damit ausreden, sie hätten dem Befehl gehorcht. Sie hätten dem Befehl nicht gehorchen müssen, denn sie haben die Waffen gehabt, und sie haben durch die Führung ihrer Waffen und durch ihre Bereitschaft, von den Waffen Gebrauch zu machen, es allein durchgesetzt, daß den Befehlen gefolgt wird.

Es kommt noch ein anderes hinzu. Die Waffenträger — und das waren im speziellen Fall auch die Schutzpolizisten — haben dem Befehl gerne gefolgt. Sie wollten von den Waffen Gebrauch machen. Die Waffen waren auf der Seite des Befehlenden, aber noch mehr als die Waffen auf der Seite des Befehlenden oder der Befehlenden waren die Gemüter der Menschen, welche die Waffen hatten und von ihnen Gebrauch machten. Auch in diesem Sinne ist der Prozeß eine politische und soziologische Lehre. Letzten Endes ist nämlich politische Macht nicht Macht über Soldaten und Kanonen und Maschinengewehre, sondern Macht über die Gemüter der Menschen. Die Reaktion, der Faschismus, der Nationalsozialismus, sie alle hatten die Macht über die Gemüter der Menschen. Die Menschen haben solchen Befehlen gerne gefolgt, ja — und auch das hat der Prozeß gezeigt —, sie haben Fleißaufgaben gemacht. Sie sind daher genau so schuldig wie diejenigen, die den Befehl gegeben haben.

Auch in diesem Sinne ist der Prozeß ein politischer Prozeß und eine Tatsache, die zum Nachdenken nötigt. Aber auch unabhängig vom rein Politischen tritt die ganze Problematik des Geschwornengerichtes zutage.

Die Forderung nach dem Schwurgericht war eine freiheitliche, eine revolutionäre Forderung. Sie wurde in Österreich in der liberalen Ära nach 1848 im Strafprozeß aus dem Jahre 1873 verwirklicht. Das heutige Geschwornengericht ist anders, als es damals im Gesetz von Julius Glaser eingeführt wurde. Es sind Unterschiede gegen früher; doch eines ist geblieben, wenn auch die Zahl der Geschwornen verringert wurde, und wenn auch die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden viel stärkere Wirkungen haben kann: Über den Schuldspruch entscheiden die Geschwornen allein. Und nun zeigt sich auch bei den Schwurgerichten eine soziologische Tatsache, welche man den „Sinnwandel der Ideologie“ nennen möchte. Es zeigt sich nämlich, daß Wünsche und Strebungen politischer Art, welche fortschrittlich, revolutionär, „links“ sind, dann, wenn sie ihr Ziel erreicht haben, in das Gegenteil umschlagen und reaktionär, „rechts“ werden. Dies zeigt sich in der ganzen politischen Geschichte. Aus dem Urchristentum wurde das römische Papsttum. Aus den Forderungen der Französischen Revolution, der Aufklärung, des Liberalismus wurde stark fortschrittfeindlicher Kapitalismus. Aus den revolutionären Forderungen des Sozialismus wurde durch die bolschewistische Gestaltung „in einem Land“ der Stalinismus. Dieser Sinnwandel, der einen Funktionswandel mit sich zog, ist auch auf dem Gebiet des Rechtes zu erkennen. Das Schwurgericht, das einstmals die Forderung des Fortschrittes und der Freiheit war, gelangt oft in seiner praktischen Ausübung zu Ergebnissen, die durchaus reaktionär sind. Wir haben den Schattendorfer Prozeß im Juli 1927 nicht vergessen. Hier haben die Geschwornen, die Vertreter des Volkes, in einer Weise entschieden, die am nächsten Tag zu einem spontanen Aufstand des Volkes in Wien führte, und von da an, von diesem Prozeß und seinen Folgen, begann in Österreich die Reaktion.

Wir müssen es offen sagen: Es darf und soll kein zweites Schattendorf geben. Die Justiz darf nicht mehr dazu verwendet werden, um gegen die Freiheit, gegen den Fortschritt Entscheidungen zu fällen. Die Geschwornen im Boryslawer Prozeß haben ein Fehlurteil, wie es Schattendorf war, vermieden. Sie haben die zwei Haupttäter schuldig gesprochen.

Aber auch ganz unabhängig vom Urteil selbst; was im Prozeß zutage gekommen ist, die Greuelthaten, die am laufenden Band durch Jahre ausgeführt worden sind, sie sind im Gerichtssaal wieder lebendig geworden. Und wenn es auch viele gibt, die sagen, sie hätten damals nicht gewußt, was geschähe — heute, da sie es nach elf Jahren gehört und gelesen haben, kann niemand mehr sagen, er wisse von nichts. Heute muß jeder in Österreich wissen, was geschehen ist.

Die Lehre dieses Prozesses geht aber weiter. Die Bevölkerung weiß, was geschehen ist, und die Bevölkerung weiß auch, was die Folge war, als das sogenannte Kriegsglück sich gewendet hat. Die Lehre des Prozesses ist die Aufforde-

rung an alle Gutgesinnten, alle Kraft zusammenzunehmen, um zu verhindern, daß noch einmal solche Greuel geschehen können. Wenn dies der Fall ist, wenn diese psychische Wirkung eintritt, dann ist dieser Prozeß nicht umsonst geführt worden.

#### Die Urteile

Auf Grund des Wahrspruches der Geschwornen wurden Leopold Mitas und Josef Pöll verurteilt, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Leopold Mitas wurde zu lebenslangem schwerem Kerker, Josef Pöll zu zwanzig Jahren schwerem Kerker verurteilt; in beiden Fällen jeweils verschärft mit hartem Lager im Vierteljahr.

Die Hauptfragen für Leopold Mitas auf Verbrechen des Mordes wurden in sieben Fällen von Erschießungen einstimmig bejaht, ebenso auf Mißhandlung von Juden und auf mißbräuchliche Bereicherung durch Wegnahme von Schmuck und Wertsachen, desgleichen wurde die Frage auf Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde nach § 1 des Kriegsverbrechergesetzes bejaht. Die Zusatzfrage auf unwiderstehlichen Zwang wurde einstimmig verneint.

Die Josef Pöll betreffenden Hauptfragen auf Mord, auf Beihilfe von Erschießungen, Absperrmaßnahmen und Bereicherung wurden einstimmig bejaht. Die Frage auf Mißhandlung und Verletzung der Menschenwürde wurde in fünf Fällen bejaht, ebenso die Frage wegen § 1 des Kriegsverbrechergesetzes.

Der Freispruch der vier übrigen Angeklagten muß bis auf den Fall Rudolf Guldan, gegen den die vorgebrachten Beweise tatsächlich nicht zu genügen schienen, als ein Fehlurteil der Geschwornen gewertet werden.

Josef Schuch hatte zwei Erschießungen eingestanden, Karl Weigl wurde eines Mordes überführt, Ferdinand Neumayer hatte in Boryslaw wiederholt an den Massenerschießungen teilgenommen. Er war überdies wegen seines Hundes, den er auf seine Opfer hetzte, besonders gefürchtet.

Die Geschwornen billigten den drei Angeklagten den „unwiderstehlichen Zwang“ zu, wiewohl auf Grund des Kriegsverbrechergesetzes erteilte Befehle nicht als Entschuldigung gelten können.

#### Ein neuer Kriegsverbrecherprozeß gegen ehemalige Polizisten

In Kürze wird vor dem Wiener Straflandesgericht der zweite Kriegsverbrecherprozeß gegen ehemalige Wiener Polizisten stattfinden, die während der NS-Zeit in Kolomea (Galizien) stationiert waren.

Die Namen der Beschuldigten sind: Johann Gal, Alois Steiner, Franz Stanka, Franz Bernek, Franz Schipany, Karl Groß. Der Staatsanwaltschaft sind vor kurzem die Anschriften von achtzehn Zeugen bekanntgegeben worden, die alle in Israel leben. Diese Zeugen werden entweder zur Verhandlung nach Wien geladen oder im Wege der Rechtshilfe vor israelischen Gerichten einvernommen werden.

\*

#### Der Boryslaw-Prozeß und die österreichische Presse

Kaum ein Kriegsverbrecherprozeß der Nachkriegszeit hat so viel Aufsehen in der gesamten österreichischen Bevölkerung erregt wie der Prozeß gegen die sechs ehemaligen Polizisten wegen Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung in Boryslaw.

Vor allem die großen österreichischen Zeitungen haben den Prozeß und seinen Verlauf in objektiver Weise geschildert. Aus der Reihe der großen Zeitungen sind das Hauptorgan der ÖVP, „Neue Wiener Tageszeitung“, und andere ÖVP-Zeitungen der Bundesländer gefallen, die immer wieder Argumente der Verteidigung oder auch kleine Episoden hervorgestrichen haben, um die Aufmerksamkeit der Leser von dem Grundproblem, der Schuld an dem Massenmord, abzulenken und ihnen in der Berichterstattung die wesentlichen Teile des Prozesses vorzuenthalten.

Der „Wiener Montag“, der „Wiener Samstag“ und die „Neue Front“, also Blätter, die immer für die Nazi eintreten, haben den Prozeß vollkommen totgeschwiegen.

Überrascht hat auch, daß der Österreichische Rundfunk in seinen Nachrichtensendungen von dem Prozeß keine Notiz genommen hat.

Sie fingen ein die  
Freiheit.

Sie stachen,

Sie erschlugen sie,

Sie sargten sie.

Sie trugen sie zu Grabe.

Sie lachten.

Sie aber wuchs im Sarg.

Die Bretter brachen,  
krachten.

Sie hob sich,

Stand vor ihren  
Mördern

Größer, groß,  
riesenstark,

Unbesiegbar.



# WIR SPRECHEN VON ROSEN

Das Schicksal der polnischen Arbeiterklasse ist hart und in einem Ausmaß vom Schicksal des Staates bestimmt worden, das kaum ein Beispiel in Europa findet. Die Arbeiterschaft hat sich an ein leidvolles Dasein gewöhnen müssen. In seiner jüngeren Geschichte ist Polen öfter geteilt und mehrmals schlecht geeint gewesen. Das Land hat viele Kriege erlebt, Zerstörungen größten Umfanges erfahren, es hat mehr unfähige Regierungen gehabt als andere Länder, und es ist in seinen Hoffnungen oft genug vom Westen und vom Osten enttäuscht worden.

Polen ist der größte und auch der reichste Satellitenstaat Sowjetrußlands. Es hat viele natürliche Rohstoffquellen, deren Besitz es fast autonom machen. Da es im westlichen Vorfeld Rußlands liegt, hat es auch eine besondere strategische Bedeutung für die Sowjetunion. Jede antisowjetische Regung ist den Russen besonders unangenehm und macht sie empfindlich, nicht nur aus militärischen Gründen, sondern ebenso sehr aus wirtschaftlichen und politischen Motiven. Es ist politisches Einflußgebiet allerersten Ranges und das wirtschaftlich größte außerrussische Plus. Die freie polnische Arbeiterbewegung, deren Organisationen schon unter Pilsudsky zerstört worden sind, hat sich ihre ideologische Kraft erhalten. Sie lebt als Untergrundbewegung, und was ihr nicht angehört, hat ihre Sympathien. In dieser Form hat sie nicht nur gegen die reaktionären innenpolitischen Mächte einen ständigen und opferreichen Kampf geführt; sie hat sich auch gegen die fremden Eroberer, gegen die russischen Usurpatoren gewehrt, und, wie man an dem Posener Aufstand ersehen kann, ist sie mächtig und mutig genug gewesen, die freie Welt auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen.

Die Posener Arbeiter haben unmittelbar gegen die ihnen aufgezwungenen Lebensbedingungen demonstriert. Sie zogen auf die Straßen, vor die Regierungsgebäude und den Sitz der kommunistischen Parteiorganisationen und protestierten gegen Antreiberei, ungerechte Lohnabzüge und Teuerung und den niederen Lebensstandard. Aber es war nicht nur ein Aufstand, bei dem es allein um die wirtschaftliche Besserstellung ging. Es war nicht minder eine mächtige Demonstration gegen die politische Unterdrückung, gegen die volksdemokratische Diktatur, es war ein gewaltiger Protest der gequälten Arbeiter für die Freiheit. Natürlich hat die kommunistische Agitation — so wie im Jahre 1953 beim Aufstand der ostdeutschen Arbeiter — ausländische Provokateure und be-

zahlte Agenten für den Streik verantwortlich machen wollen. Eine bewaffnete Untergrundbewegung, die angeblich vom Ausland finanziert ist, soll den Streik in provokanter Absicht ausgelöst haben. Hunderte Arbeiter sind erschossen worden und viele erwarten ihre Verurteilung. Die russischen Panzer und Maschinengewehre haben in Posen Ordnung gemacht. Sie haben mit einer Gründlichkeit die Ordnung wiederhergestellt, als es je eine bürgerliche Regierung gegen streikende Arbeiter hätte tun können.

Warum geht es den polnischen Arbeitern schlecht? Dafür gibt es mehrere Erklärungen. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor werden die Kollektivierungsbestrebungen nach dem russischen Muster gegen den erheblichen Widerstand der polnischen Bauern durchgeführt. Die Kollektivierung geht nur langsam vorwärts, trotzdem die Regierung verschiedene Druckmittel anwendet. Ein anderer Grund für den schleppenden Aufbau des landwirtschaftlichen Kollektivs liegt in der Abhängigkeit von der Industrie. Die Industrie muß zum Beispiel Maschinen und Kunstdünger beistellen. Das ist nicht so ohne weiteres möglich, da die Industrie gleichfalls im Aufbau ist und nur begrenzte Möglichkeiten hat. Hiezu kommt noch, daß Polen zur Erfüllung seines Sechsjahresplanes Baumwolle, Gummi, Schafwolle und andere Rohstoffe aus England benötigt, wofür es als Gegenleistung landwirtschaftliche Produkte hergeben muß. Wohl gibt es in Polen als Folge der Weiterentwicklung der Kollektivierung einen Überschuß an landwirtschaftlichen Arbeitern, aber die Industrie vermag diese Kräfte nur langsam aufzunehmen. Vor allem aber ist die Höhe der landwirtschaftlichen Produktion trotz der Zunahme der landwirtschaftlichen Kollektiven zu gering, um den inländischen Bedarf und den Export zugleich decken zu können. In den polnischen Städten herrscht ständig Lebensmittelmangel, der zu einer Verteuerung der lebenswichtigsten Bedarfsartikel führt.

Die allgemeine Lage wird durch die von der Sowjetregierung angeordnete rasche Industrialisierung verschärft. Der Aufbau erfolgt in keiner Weise nach den Notwendigkeiten des Landes. Die Schwer- und die Rüstungsindustrie werden ausgebaut und dienen dazu, sowjetische Produktionslücken auszufüllen. Eine Folge davon ist, daß zu wenig landwirtschaftliches Gerät erzeugt wird. Diesen Umstand müssen die Städter mit Hunger bezahlen. Die Opfer, die das polnische Volk, vor allem die Industriearbeiterschaft, für Moskau bringen muß, sind ungeheuer. Dies sind in kurzen Zügen angeführt die

eigentlichen Ursachen, die die wirtschaftliche Lage, richtiger gesagt das Elend der polnischen Arbeiterklasse, bedingen.

Die Russen verkörpern für Polen seit Jahrhunderten das Element der Unterdrückung. Man vergißt auch nicht die Haltung der Russen beim Warschauer Aufstand, der von ihnen im Stiche gelassen worden ist, weil er als eine reaktionäre bürgerliche Aufstandsbewegung gegen die Deutschen angesehen wurde. Seitdem Polen Volksdemokratie geworden ist, hat sich auch der Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen das kommunistische Regime erhalten und verstärkt. Der Haß gegen Rußland ist womöglich noch größer geworden. Der antistalinistische Kurs, den die Sowjets auch in Polen eingeschlagen haben, hat auch in Polen eine gewisse Lockerung gebracht, die aber ebenso wie in Deutschland im Jahre 1953 sehr bald dazu geführt hat, daß die Arbeiterschaft für demokratische Rechte und Freiheiten zu kämpfen begann. Das, was Tito in Moskau zugestanden wurde, nämlich einen eigenen Weg zum Sozialismus zu gehen, kann notwendigerweise Polen nicht verweigert werden. In Polen hat es eine ähnliche politische Entwicklung wie in Jugoslawien gegeben. Diese Richtung war durch den

polnischen Kommunisten Gomulka vertreten. Aber auch in Polen hat es sich gezeigt, daß eine Ausweitung der politischen Freiheiten für das diktatorische Regime eine Gefahr bedeutet. Es kann nur insoweit und nur solche Freiheiten gestatten, die seine Existenz und seinen Einfluß nicht gefährden. Die Arbeiter von Posen haben einen berechtigten Kampf um soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit begonnen. Sie sind in einer Schlacht unterlegen, sie waren die weit Schwächeren. Aber der Freiheitswille der polnischen Arbeiter ist unbändig und mächtig. Die Sonne geht im Osten auf. Sie wird für das unterdrückte polnische Volk sicher wieder scheinen, denn keine Diktatur hat vermocht, sich auf die Dauer zu halten.

#### Die ersten Posener Urteile

Die drei polnischen Jugendlichen, die im ersten Prozeß schuldig befunden wurden, bei dem Aufstand in Posen einen Offizier der Sicherheitspolizei ermordet zu haben, wurden zu Gefängnisstrafen von vier bis viereinhalb Jahren verurteilt.

Die Urteile werden als mild bezeichnet. Der Gerichtshof dürfte weitgehend dem Vorbringen der Verteidigung Rechnung getragen haben, daß es sich bei den Angeklagten um Jugendliche handelt, die unter äußerst schwierigen und demoralisierenden Umständen während der Besatzungszeit und in den Nachkriegsjahren aufgewachsen sind.

In einem anderen Prozeß, über den bisher noch nicht berichtet worden ist, sind drei Angeklagte, die wegen Einbruchdiebstahls und Plünderung während des Aufstandes vor Gericht gestanden haben, zu vier Jahren, und ein vierter Angeklagter zu zwei Jahren Kerkers verurteilt worden.

**Wieder einmal:**

## Kanonen sind wichtiger als Butter

**Bulganin erklärt, warum die Arbeiter im Ostblock nicht zufrieden sind**

Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin erklärte in einer Rede in Lodz, die Sowjetunion werde die schmutzigen schwarzen Finger dessen abschneiden, der zu den Waffen greift. Bulganin sagte weiter, daß das Sowjetlager stark genug sei, einen Krieg zu verhindern. Die kommunistischen Staaten müßten jedoch ihre Freundschaft konsolidieren, um zu verhindern, daß die Raubtiere einen neuen Krieg beginnen. Die kommunistischen Staaten dürfen nicht vergessen, daß sie einen sehr schlaunen, sehr heimtückischen und starken Feind gegen sich haben.

Bulganin stellte ferner die rethorische Frage, ob Polen oder auch die Sowjetunion die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten voll befriedigen könnten und beantwortete seine Frage selbst in verneinendem Sinn:

Wir können dem Arbeiter nicht alles geben, was er haben sollte. Wir sind dazu nicht in der Lage, und wir sagen das ganz offen.

Bulganin begründete dies damit, daß die osteuropäischen Staaten Millionen für Industrie, Wissenschaft und Verteidigung ausgeben müßten; denn der Feind schläft nicht, er beobachtet uns Tag und Nacht mit offenen Augen. Bulganin sagte dann weiter, es wäre natürlich besser, mehr Butter, Schinken, Schuhe, Seidenstrümpfe, Parfüms und alle Arten von Puder für die Mädchen zu produzieren, doch hätte es dann keine Verteidigung, keine Armee und keine Waffen gegeben. Wenn der Feind gekommen wäre, dann hätte er uns abgeschossen wie Rebhühner.

#### Chruschtschew kritisiert zahlreiche Mißstände

ParteiSekretär Chruschtschew griff in der Schlußsitzung der Konferenz sibirischer Bauern in Nowosibirsk eine Anzahl von Ministern, Ministerien sowie Staats- und Kollektivgüter und landwirtschaftliche Methoden an. Er lobte die Landwirte der neu erschlossenen Landstriche, verwarf jedoch ihre Wünsche nach zusätzlichen Transportmitteln als undurchführbar.

Unter anderem kritisierte Chruschtschew den Minister für Traktor- und landwirtschaftlichen Maschinenbau, Chlamow. Er stelle zu große Maschinen her, die vollkommen unbrauchbar seien. Andererseits erklärte Chruschtschew, daß es unmöglich sei, jährlich hunderttausende Städter zur Erntearbeit zu schicken, um die Ernte einzubringen. Es wäre besser, Maschinen zu entsorgen, die diese Arbeit mit der geringsten menschlichen Arbeitskraft erledigen könnten.

Chruschtschew kritisierte ferner die hohen Beamten der Ministerien für Landwirtschaft und Staatsgüter. Was die Wohnverhältnisse auf den neuen Staatsgütern betrifft, bemängelte Chruschtschew die Tatsache, daß von den 425 Gütern viele keine Häuser, Klubs und Geschäfte haben und die jungen Leute in ihrer Freizeit nirgends hingehen können. Die zuständigen Ministerien und die örtlichen Parteibehörden müßten dazuschauen, daß für die Menschen, die Neuland bearbeiten, brauchbare Bedingungen geschaffen würden.

Viel Zeit werde dadurch verschwendet, daß die Landwirte, wenn sie ihre Produkte in die Stadt führen, den ganzen Tag lang herumfahren, um Geschäfte zu finden, die ihre Waren kaufen. Jedes Kollektivgut müsse an bestimmte Verkaufsstellen angeschlossen sein, so daß jeder Landwirt wisse, wohin er sein Gemüse zu bringen habe. Gleichzeitig müßte allerdings die Qualität der konservierten Gemüsesorten verbessert werden. Gegenwärtig gebe es in den Geschäften nur Sauerkraut und Essiggurken. Die primitiven Methoden der Konservierung müßten durch neue und moderne Mittel ersetzt werden, um dem Käufer ein gutes Gemüse zu bieten. Schließlich forderte Chruschtschew eine Erweiterung des Anbaues von Erdäpfeln und vor allem, daß Erdäpfel für die Herstellung von Alkohol verwendet würden, um mehr Getreide für Nahrungsmittel zur Verfügung zu haben. Weiter müsse die Zuckerindustrie in Sibirien ausgebaut und Schafzüchtern Geldprämien ausbezahlt werden, um sie anzueifern, ihre Herden zu vergrößern.

# ALPDRUCK

**S**panien ist das bedeutendste Land vor dem eisernen Vorhang, in dem Arbeiter ohne Streikrecht und dem Schutz freier Gewerkschaften sind, die Bauern kein Recht auf Grund und Boden haben, die Intellektuellen von Zensur und moderner Inquisition verfolgt werden und die Gefängniszellen von Opfern des Gesinnungsterrors und großer politischer Schauprozesse überquellen. Ununterbrochen treffen neue Nachrichten über Verfolgungen, Terrorurteile ein, aber ebenso über Beweise heroischen Widerstands des gepeinigten spanischen Volkes gegen seine Bedrücker. So sehr also der Druck eines wohlorganisierten faschistischen Polizeiparates auf Spanien lastet, der Freiheitskampf des spanischen Volkes, der vor 25 Jahren begann und vor 20 Jahren mit dem Ausbruch des offenen Bürgerkrieges in ein entscheidendes Stadium trat, ist noch lange nicht zu Ende.

## Eine Minute des Gewissens

Am 14. April 1931 verließ König Alphon XIII. bei Nacht und Nebel Spanien und ging für immer ins Exil. Die Ära der zweiten spanischen Republik war angebrochen. Sie löste das halbfaschistische Regime des Diktators Miguel Primo de Rivera ab, der von 1923 bis 1930 das Land beherrscht hatte. Sein getreuer Helfershelfer und legitimistisches Aushängeschild war der König gewesen, der alle Verfassungsbrüche, alle Terrormaßnahmen des Diktators gedeckt und ihn auf seinen Pilgerfahrten zu Mussolini nach Rom begleitet hatte.

Für das spanische Volk begann die Zeit großer Hoffnungen. Es war nicht nur eine Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten notwendig geworden, sondern auch die Lösung einer Wirtschaftskrise von beispiellosen Ausmaßen, die Hebung des Lebensstandards und

des erschreckend tiefen kulturellen Niveaus. Eine Fülle sozialer, politischer, kultureller Aufgaben wartete auf die junge Republik. Ein im Juni 1931 gewähltes Parlament — die Cortes zeigte eine überwältigende Mehrheit für die Linksparteien. Im Dezember 1931 wurde die in jeder Linie vorbildliche Verfassung des neuen Spanien verkündet. Sie begann mit den Worten:

**Spanien ist eine demokratische Republik der Arbeiter aller Klassen. Alle Macht geht vom Volk aus.**

In der Verfassung wurde allen Spaniern — auch den Frauen — das allgemeine, gleiche Wahlrecht gegeben und der Adelstitel abgeschafft. Die Republik verzichtete auf den Krieg

als Mittel internationaler Politik. Die Freiheit der Religionsausübung wurde für alle Konfessionen ausgesprochen, der Staat erklärte, in Zukunft den Klerikern keine Gehälter mehr bezahlen zu wollen. Auf sozialem Gebiet war eine der wichtigsten Maßnahmen die Einleitung einer weitgehenden Bodenreform, die Enteignungen gegen Entschädigung vorsah.

Wie ohne weiteres vorauszusehen war, begegnete dieser Katalog aufgeschlossener und fortschrittlicher Maßnahmen dem erbitterten Widerstand reaktionärer Schichten, die einen Großteil ihrer alten Privilegien bedroht sahen. Die Großgrundbesitzer befürchteten für ihre riesigen Latifundien, die für das Land viel zu große Armee mit ihren zahlreichen, funktionslosen Offizieren sträubte sich verzweifelt gegen den Personalabbau. Und die Kirche — der größte Grundbesitzer Spaniens — fühlte sich nicht nur durch die Bodenreform in ihrer weltlichen Macht angegriffen, sondern sah auch ihre

*Vor zwanzig Jahren*

## Die Internationale Brigade im spanischen Bürgerkrieg

Im November 1936 erreichte die Krise im Kampf um Madrid ihren Höhepunkt. Die Truppen der Rebellengenerale hatten in monatelangem Ringen die republikanischen Verteidiger der Verfassung zurückgedrängt und standen nun vor den Toren der Hauptstadt.

Doch General Franco hatte seine Erfolge auf den Schlachtfeldern keineswegs der eigenen Kraft seiner spanischen Anhänger zu danken. Es waren vielmehr marokkanische Söldner, die den Kern seines Heeres bildeten, während gleichzeitig italienische und deutsche Berufssoldaten als Flieger, als Artilleristen, als Sappeure usw. die Rebellenarmee unterstützten. Auf der anderen Seite sahen sich die Republikaner vor tausend schier unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten. Eine Armee im normalen Sinne gab es nicht. Die Arbeiter aus den Fabriken, die Angestellten aus den Büros, die Bauern von den Feldern eilten herbei, um gegen die Faschisten zu kämpfen. Aber sie hatten keine Offiziere, die das Kommando sachgemäß hätten führen können. Und vor allem: es mangelte an Waffen!

Da und dort gab es ein paar tausend Gewehre, mitunter auch ein paar Dutzend Maschinengewehre, sehr selten eine brauchbare Batterie von Geschützen. Man kämpfte sozusagen mit blanker Faust gegen einen mit allen Waffen der modernen Kriegstechnik ausgerüsteten Gegner.

Über Madrid kreisten die italienischen und deutschen Flieger, Bomben über Bomben herabschleudernd; aus den Rohren der Geschütze spie es leichte und schwere Granaten, die Haus um Haus niederlegten; die Stadt brannte lichterloh an allen Ecken und Enden. In diesem Inferno machten wir zum ersten Male die Bekanntschaft mit Abteilungen ausländischer Freiwilliger.

Eine Befehlsstelle mußte geräumt werden und unsere Soldaten zogen sich kämpfend zurück. Der Bevölkerung der Stadt hatte sich eine Panik bemächtigt. Hunderte Menschen, Frauen und Kinder, eilten, mit kümmerlichem Hausrat beladen, durch die nachtdunklen Straßen. In die Menge der Flüchtenden schlugen nicht nur die Granaten ein, sondern auch Maschinengewehrketten. Der Feind war ganz nahe. Die Stadt schien verloren.

In diesem Augenblick vernahmen wir den Gleichklang des Schrittes einer marschierenden Kolonne. Aus dem nur durch brennende Häuser erhellten Straßendunkel blitzten Bajonette auf. Eine Abteilung der Internationalen Brigade zog ins Gefecht.

Monopolstellung auf kulturellem Gebiet durch die Errichtung staatlicher Schulen in Frage gestellt.

### Der Krieg beginnt

Wie so oft in der Geschichte Spaniens begannen sich die Geister zu scheiden. Die Kräfte, die aus Spanien einen modernen, sozialen, dem wirtschaftlichen und kulturellen Niveau des übrigen Europa angepaßten Staat machen wollten, trafen auf den hartnäckigen, zu allem bereiten Widerstand des „ancien régime“, dem ein armes und rückständiges Spanien lieber war als der Verzicht auf jahrhundertalte Vorrechte. Unter der unablässigen Hetze der Rechtskreise und dank den Eigenheiten eines Wahlsystems, das den stärkeren Gruppen eine übertriebene Mehrheit an Mandaten zuschanzte, brachten die Corteswahlen vom Oktober 1933 einen Sieg der Rechten und des Zentrums.

Die neue Rechtsregierung bemühte sich redlich, alle Maßnahmen ihrer Vorgänger zu sabotieren oder überhaupt aufzuheben. Diese Taktik führte bald zu neuen Unruhen und Protestbewegungen in ganz Spanien. Träger dieser Strömungen waren vor allem die Arbeiter.

Die rechtsbürgerlichen Regierungen — die allgemeine Unsicherheit und ihre geringe Verankerung im Volk führte zu häufigem Wechsel der Ministerien — wußten keine andere Antwort, als Massenverhaftungen vorzunehmen und brutale Terrormaßnahmen einzuleiten. So wurde eine große Streikbewegung in Asturien blutig niedergeschlagen, wobei 1335 Todesopfer zu beklagen waren. In den Gefängnissen wurden bald mehr als 30.000 politische Häftlinge festgehalten und die Regierungsämter systematisch von republikanischen Beamten „gesäubert“.

### Der letzte Sieg

Die in dieser Atmosphäre abgehaltenen Corteswahlen vom 16. April 1936 führten daher

Mit einem Schlag veränderte sich das Bild. Die Menge der Flüchtenden hielt an. Auf ihren Gesichtern spiegelte sich Überraschung, Freude, neue Hoffnung: „Fremde Genossen waren da!“ Vom Ausland waren sie herbeigeeilt, den spanischen Kameraden zu helfen. Freiwillig waren sie gekommen, von niemandem gezwungen, nur ihrer Überzeugung folgend. Da brauste jubelnd die „Internationale“ auf. Alt und jung sang mit. Aus dem Haufen der Flüchtenden lösten sich Männer, griffen nach Gewehren und schlossen sich als neue Streiter nun todesmutig den Ausländern an. Der Rückzug kam zum Stehen. Madrid kämpfte weiter!

Was sich an dieser Stelle zugetragen hatte, war auch an anderen Stellen geschehen.

Das Eingreifen der Internationalen Brigade im Kampf um Madrid hatte — rein zahlenmäßig betrachtet — keine Entscheidung bringen können. Es waren ja nur einige tausend Mann, die hier eingesetzt wurden. Aber psychologisch war ihr Erscheinen auf dem Kampfplatz von ungeheurem Wert gewesen. Die Spanier fühlten sich nicht mehr allein und verlassen. Sie faßten neuen Mut.

Eine ähnliche Wirkung hatte ja auch die Hilfe, die Sowjetrußland in diesen Tagen leistete. Von dort her kamen Waffen und anderes Kriegsmaterial. Von dort her kamen die Instruktooren, die so dringend gebraucht wurden.

zu einer katastrophalen Niederlage der bisherigen Regierungsparteien, die von 374 auf 217 Sitze im Parlament zurückfielen. Die Koalition der Linksparteien — die Frente Popolar — gewann gegenüber ihrem früheren Stand 166 Sitze und verfügte jetzt über 265. Die stärkste Fraktion waren die Sozialisten mit 89 Abgeordneten geworden, gefolgt von den Linksrepublikanern mit 84. Die kleinste Fraktion bildeten mit 14 Sitzen die Kommunisten — eine Tatsache, die schlagartig die Legende vom überwiegend kommunistischen Einfluß im republikanischen Spanien widerlegt und zeigt, daß die demokratischen Kräfte stets die Oberhand hatten. Die Cortes wählten einen neuen Präsidenten der Republik, den Linksrepublikaner Azaña, und betrauten den Sozialisten Casares Quiroga mit der Regierungsbildung.

Aber die Mächte des anderen, des reaktionären Spanien waren nicht gesonnen, diese neue Entwicklung nach vorwärts zu dulden. Nachdem ihr Versuch, Spanien auf parlamentarischem Weg zu beherrschen, gescheitert war, entschlossen sie sich, das demokratische Mäntelchen abzuwerfen und Gewalt anzuwenden.

### Franco taucht auf

Schon während der Zeit der Rechtsregierungen hatte der Sohn des im Exil verstorbenen Diktators Primo de Rivera die Falange gegründet, einen spanischen Ableger der NSDAP, um den sich die extremsten Elemente aus allen Rechtsparteien zu scharen begannen. Unter ihnen war eine Reihe von Generälen der spanischen Armee, entschlossen, die Republik mit Gewalt zu beseitigen. Am 17. Juli 1936 brach in sämtlichen Garnisonen Spaniens eine Revolte gegen die rechtmäßige Regierung aus. Ihr Führer sollte sehr bald — nach dem Tod zweier Vorgesetzter — General Francisco Franco Bahamonde werden. Er hatte seine Karriere 1923 als Kommandeur der spanischen Fremdenlegion

Eines Abends veranstaltete man in einer Kaserne russischer Flieger in Guadaljara einen „Internationalen Abend“. Es waren Angehörige fast aller europäischen Nationen anwesend. Es wurde in fast allen Sprachen Europas gesprochen: Spanisch, Russisch, Französisch, Englisch, Deutsch, Italienisch, Polnisch, Tschechisch. Es war ein Sprachenwirrwarr, in dem anscheinend keiner den anderen verstehen konnte. Aber das schien nur so. Das Verstehen war ausgezeichnet...

Die österreichischen Schutzbündler wurden überall besonders warm aufgenommen. Man schätzte sie als diejenigen, die als erste in Europa den Kampf mit den Waffen in der Hand gegen den Faschismus aufgenommen hatten. Nach dem Februar 1934 waren sie gezwungen gewesen, die Heimat zu verlassen. Sie mußten von einem Land zum anderen irren, jeder auf sich selbst gestellt. Aber als in Spanien die demokratischen und faschistischen Kräfte aufeinanderprallten, da fanden sie sich wieder zusammen. In den Schützengräben in und vor Madrid sangen die heimatlos gewordenen Flüchtlinge aus Österreich:

„Doch wir haben die Heimat nicht verloren,  
denn unsere Heimat liegt heute vor Madrid!“

Auf der in glühendem Sonnenbrand liegenden Straße, die von der französischen Grenze über Barcelona nach Valencia führt, rollte Kraftwagen auf Kraftwagen. Sie waren schwer beladen mit Lebens-

begonnen, war 1934 für das Blutbad in Asturien verantwortlich gewesen und mußte daher von der neuen Regierung auf die Kanarischen Inseln verbannt werden. Gefolgt von marokkanischen Söldnern, die ihm blind ergeben waren, kehrte er nun nach Spanien zurück, um sein unheilvolles Werk zu beginnen.

Die Regierung, gegen die nun die gesamte Armee stand, war damit von allem Anfang an in der Defensive. Während es ihr gelang, in einigen Teilen des Landes — so in Madrid und Barcelona — den Aufstand niederzuschlagen, gerieten weite Teile des Landes in die Hand der meuternden Offiziere. Darüber hinaus setzte schon wenige Wochen nach dem Beginn der Armeerebellion eine großzügige Hilfsaktion des faschistischen Auslands ein. Hitler und Mussolini hatten ihre Chancen erkannt und rüsteten sich, der sozialen Demokratie in einem wichtigen Teil der Welt den Todesstoß zu versetzen. Gleichzeitig war Spanien ein ideales Manövrierfeld zur Erprobung neuer militärischer Techniken, der Bürgerkrieg Generalprobe für größere, entscheidendere Auseinandersetzungen geworden. Binnen kurzer Zeit standen 65.000 italienische und 40.000 deutsche „Freiwillige“, unterstützt von starken Einheiten der Luftwaffe und Marine, auf seiten Francos.

### Der Westen versagte

Die Unterstützung des republikanischen Spaniens durch die antifaschistischen Staaten, besonders die Westmächte, hingegen blieb äußerst unzulänglich. Man glaubte, eine gerechte Lösung durch ein „Nichtinterventionsabkommen“ mit Deutschland und Italien gefunden zu haben, das zwar den Republikanern Waffenankäufe im Ausland fast unmöglich machte, die Achse aber keineswegs hinderte, weiterhin Waffen und Söldner über das Mittelmeer offen nach Spanien zu transportieren. Auch die „Hilfe“ von seiten der Sowjetunion war mehr ein Instrument der kommunistischen Propaganda als eine tatsäch-

mittelnde und Medikamenten. Sie brachten die Hilfe des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Mit dem Lastwagen kamen auch die Sendboten der beiden Internationalen: Friedrich Adler, Walter Schevenels, Georg Stolz.

Und wieder war es nicht die materielle Hilfe allein, die wertvoll war. Die Spanier, die damals bereits bittere Not litten, wußten es wahrlich zu schätzen, daß Lebensmittel ins Land kamen und Medikamente, die bereits völlig ausgegangen waren. Sie hatten Monate des Hungers hinter sich. Zu dem Mangel an Waffen war der Mangel an Brot getreten. Es kämpft sich schwer, wenn die Hand keine brauchbare Waffe umschließt und wenn der Körper infolge der Unterernährung ermattet ist. Aber die Hilfe, die die gewerkschaftliche und die politische Internationale nach Spanien brachten, bedeutete mehr als ein großes Stück Brot. Sie bedeutete, daß drüben, über dem Gebirgsstock der Pyrenäen, die Herzen der Arbeitsmenschen für die Sache des kämpfenden Spaniens glühten, daß Millionen bereit waren, zu geben, was sie geben konnten, um ihren Teil beizutragen, den Faschismus zu schlagen.

In Otoniente, einem Dorfe im südlichen Spanien, hatten die gewerkschaftliche und die politische Internationale auf ihre Kosten ein Kriegsspital errichtet. Es wurde das modernst ausgerüstete und am besten ge-

liche Unterstützung der Republik. Die Sowjetunion schien mehr an der Ausbreitung des kommunistischen Einflusses interessiert als an einer wirkamen Bekämpfung des spanischen Faschismus.

Entgegen allen diesen Widrigkeiten dauerte der heroische Abwehrkampf des spanischen Volkes mehr als 32 Monate. Die republikanischen Truppen, verstärkt durch die internationalen Brigaden, verteidigten mit unzulänglichen Mitteln jeden Fußbreit Boden gegen eine technische und zahlenmäßige Übermacht. Madrid hielt sich, trotz 28monatiger Belagerung, trotz Hunger und Entbehrungen, bis zuletzt gegen den Ansturm des Feindes.

### Das blutige Ende

Im Frühjahr 1939 brach der Widerstand der Republik zusammen. Das spanische Volk war müde und erschöpft. Der lange Krieg, der von faschistischer Seite mit unerhörter Brutalität geführt worden war, hatte eine Million Tote gekostet und ganz Spanien verwüstet. Die Blüte der spanischen Jugend und der Intelligenz fiel oder wurde hingemordet. Der Faschismus hatte gesiegt. 500.000 Flüchtlinge hatten das Land verlassen.

In diesem Spanien trat Franco, Caudillo der Falange, und gehätschelter Liebling Hitlers und Mussolinis, die Herrschaft an. Wenngleich er mit Versprechungen an das Volk nicht sparte, zeigte sich klar seine Absicht, die alten Mächte — Kirche, Großgrundbesitz und Offiziersklüngel — zu restaurieren und sich mit ihrer Hilfe gegen alle Eventualitäten zu sichern.

### Der zweite Weltkrieg

Die Rolle Francos war eine zweideutige und opportunistische. Von der richtigen Vermutung geleitet, daß ein Kriegseintritt auf Seite der Achse nicht nur sein außenpolitisches, sondern auch sein innenpolitisches Ende bedeuten

führte Kriegsspital des republikanischen Spaniens. Da lag ein Soldat, der aus Polen nach Spanien gekommen war. Seine Augen glänzten im Fieber; er erkannte seine Umgebung nicht. Endlich wachte er auf: „Wo bin ich?“

Ein anderer wurde soeben aus dem Operationssaal getragen, ebenfalls bewußtlos. Seine Wiege hatte in Belgien gestanden. Sein Bett stand nun neben dem eines Bergarbeiters aus Asturien. Dieser wandte sich an mich: „Luchador, camarada!“ sagte er, auf seinen Bettnachbar weisend: „Kämpfer, Genosse!“

Viel Leid hat dieses Spital gesehen, aber ebensoviel Mut und Zuversicht wurde dort gefunden. Es schien, als ob der Geist, aus dem heraus diese Anstalt entstanden war, auf seine Insassen übergegangen wäre.

Im September 1937 kam der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Louis de Brouckère nach Spanien. Auf seiner Fahrt durch das Land kam er auch zu spanischen Truppen und zu den internationalen Formationen, die im Innern von Spanien lagen. Er sprach einmal am gleichen Tage vor einem Bataillon deutscher Freiwilliger, dann vor Franzosen und Belgiern, um schließlich am späten Nachmittag eine Abteilung zu besuchen, die aus Amerikanern und Engländern bestand. Sie hieß „Abraham-Lincoln-Brigade“. Ihr Kommandant war ein angesehener amerikanischer Schriftsteller, der die Feder mit dem

würde, gelang es ihm, dem Drängen Hitlers zu widerstehen und sich als „nichtkriegführend“ zu erklären. Nazideutschland wurde mit großen Worten und der Blauen Division, die an die Ostfront als Kanonenfutter geworfen wurde, beruhigt. Sobald der Sieg der Alliierten jedoch unvermeidlich näherrückte, wurden auch Francos Sympathiebeteuerungen spärlicher. 1944 erklärte er sich schließlich als gänzlich „neutral“.

So gelang es Franco, durch geschicktes Manövrieren, den zweiten Weltkrieg zu überleben. Auch der unzulängliche Versuch der UNO, ihn durch einen diplomatischen Boykott zu stürzen, blieb ohne praktische Auswirkung. Trotz Dürren und Mißernten in den Nachkriegsjahren, trotz Korruption, Hunger und Elend gelang es Franco, am Ruder zu bleiben. Seine Zähigkeit wurde durch die wohlwollende „Anerkennung“ belohnt, die ihm 1953 die USA durch den Abschluß eines Militärpakt und der Vatikan durch die Unterzeichnung eines Konkordates schenkten.

### Es gärt wieder

Aber weder durch den Bau von amerikanischen Flugplätzen in Spanien, noch durch die offiziöse Bestätigung der katholischen Kirche als führende Macht auf kulturellem und erzieherischem Gebiet, hat sich die Lage des spanischen Volkes gebessert. Für die Unzufriedenheit, für den langsam wiedererwachenden Widerstandswillen des spanischen Volkes zeugen die Streikbewegungen, die seit dem großen Streik von Barcelona im März 1951 immer wieder aufflackern. Aber nicht nur die spanischen Arbeiter erheben sich trotz Terror und Verhaftungen, Aussperrungen und Entlassungen immer wieder gegen das Regime. Auch die Intellektuellen, ganz besonders aber die Studenten, lehnen Franco und sein System der geistigen Unfreiheit ab. Während schon beim Begräbnis des großen liberalen Philosophen Ortega y Gasset tausende Studenten am

Schwert vertauscht hatte. In Erwiderung der Ansprache de Brouckères sagte er:

*„Warum wir hier in Spanien sind? Weil wir glauben, mithelfen zu müssen, den Feind der Menschheit zu besiegen. Weil wir glauben, daß unser Schicksal mit dem unserer spanischen Freunde verbunden ist. Weil wir glauben, daß der spanische Bürgerkrieg eine Wende bedeutet — entweder zum Weltfrieden oder zum Weltkrieg.“*

Das war ein ähnlicher Gedankengang, wie er in einer Broschüre entwickelt wurde, die während des spanischen Krieges verbreitet worden ist. Dort hieß es:

*„Siegte der Faschismus in Spanien, dann käme eine Ära großer Kriege. In ihnen würde Europa wahrscheinlich verbluten.“*

Was damals die Männer der Linken unmißverständlich ausgesprochen haben, wollten die Männer der Rechten nicht wahrhaben. Der Internationale des Fortschrittes stand eine Internationale der Reaktion gegenüber. Der Sieg der einen bedeutete Frieden, der Sieg der anderen Krieg.

Das war eine andere Welt! Sie war von der unseren so sehr verschieden, daß zu ihr keine Brücke führte. Man war auf eine „Nichtintervention“ eingeschworen,

\*) „Um was geht es in Spanien?“ Verlag „Freies Spanien“, Barcelona, Seite 32.

Grab des Toten demonstrierten, kam es wenig später, im Spätwinter dieses Jahres, zu regelrechten Protestkundgebungen an der Universität Madrid. Die mehr als 1000 Studenten der juristischen Fakultät erhoben geschlossen die Forderung nach der Wahl freier Studentenvertreter.

Mit brutaler Gewalt trieben falangistische Polizeiagenten die zur Wahl erschienenen Studenten auseinander und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Wie schon so oft, half sich die Regierung mit der verlegenen Feststellung, es habe sich nur um „kommunistisch inspirierte Unruhen“ gehandelt.

### Verpflichtung der freien Welt

Im heutigen Spanien ist eine neue Generation herangewachsen, die mit frischen Kräften den Widerstand gegen Franco aufgenommen hat, eine Generation, die nicht durch die Schrecken und Blutopfer des Bürgerkrieges geschwächt ist. Diese Generation sucht den Anschluß an die freie Welt, und es ist bezeichnend, daß in dieser Jugend die europäische Idee große Popularität genießt. Mit ihr wartet ganz Spanien auf die Freiheit.

Nach dem 17. Juni der Pieck und Grotewohl, nach dem Sturz Perons kann kein Zweifel bestehen, daß sich Spanien selbst von seinen Bedrängern befreien wird. Gerade deshalb aber darf die Welt, dürfen besonders wir Sozialisten Spanien nicht vergessen. Die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit Spanien bedeutet noch lange nicht, daß deshalb die demokratischen Kräfte der Welt ihren Kampf gegen den spanischen Faschismus einstellen müssen.

**Spanien muß wieder eine demokratische Republik werden. Das faschistische Experiment muß so bald wie möglich ein Ende finden. Die Befreiung Spaniens von Franco und Faschismus bleibt eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen demokratischen Sozialismus.**

die praktisch nichts anderes bedeutete, als die Unterstützung der fast unverhüllt vor sich gehenden Intervention Italiens und Deutschlands. Es war absolut unmöglich, daß die Offiziere nicht wahrgenommen haben sollten, daß Mussolini und Hitler Spanien als das Versuchsfeld für den kommenden großen Krieg betrachteten. Nein, sie wußten das ganz gut. Aber sie wollten nicht aus dem, was sie sahen, den logischen Schluß ziehen. Und erst recht wollten es nicht die verantwortlichen Staatsmänner, die Chamberlains und Daladiers. Sie alle miteinander schlossen die Augen, weil es ihnen in ihr politisches Kalkül paßte. Um diese Zeit war in den Reihen der Besitzenden die Angst vor dem roten Gespenst, das in Europa umging, besonders groß. In dieser Angst waren sie keiner vernünftigen Erwägung zugänglich, und von ihr gejagt, rannten sie vom spanischen Bürgerkrieg aus geradewegs und blind hinein in die blutige Katastrophe des Weltkrieges.

Diejenigen, die sich damals der Katastrophe entgegenstemmten, sind von der Flut der Ereignisse hinweggeschwemmt worden. Fürs erste schienen die Opfer, die Tausende und aber Tausende in Spanien selbst und in anderen Ländern gebracht hatten, vergebens gewesen zu sein. Doch trotz der erlittenen Niederlage waren sie es nicht. Aus den Schlachtfeldern Spaniens erhob sich vielmehr der Geist, der entscheidend dazu beitrug, dem Faschismus seine tödliche Niederlage zu bereiten.

Schwarze Pferde. Schwarze Eisen.  
 Auf den Capas glänzen Flecken,  
 die von Tinte sind und Wachs.  
 Ihre Schädel sind aus Blei,  
 darum weinen sie auch nie.  
 Ihre Seelen sind aus Lack —  
 damit kommen auf der Straße  
 über Land sie hergeritten.  
 Bucklig sind sie, nächtge Mahre,  
 ordnen, wo sie auch erscheinen,  
 Schweigen an aus dunklem Gummi,  
 Ängste ganz aus feinem Sand.  
 Ziehn vorüber, wenn sie wollen,  
 und verheimlichen im Kopf  
 eine vage Sternenkunde  
 unersichtlicher Pistolen.

Stadt, o Stadt du der Zigeuner!  
 Fahnen an den Straßenecken.  
 Mond und Kürbis mit den Kirschen,  
 eingemacht in Honigseim.  
 Stadt, o Stadt du der Zigeuner!  
 Schmerzreiche, moschusvolle  
 Stadt mit deinen zimtnen Türmen.  
 Pfeile schmiedeten und Sonnen  
 die Zigeuner in den Schmieden,  
 als die Nacht sich niedersenkte,  
 diese Nacht, die Nacht der Nächte.  
 Und ein Pferd, zu Tod verwundet,  
 klopfte laut an alle Türen.  
 Ob Jerez de la Frontera  
 krächten Hähne wie aus Glas.  
 Um der Überraschung Ecke  
 huscht der nackte Wind herum  
 in der Nacht, der Silbernacht,  
 in der Nacht, der Nacht der Nächte.

Heilige Jungfrau und Sankt Josef  
 haben ihre Kastagnetten  
 in des Zugs Gedräng verloren,  
 und sie gehn zu den Zigeunern,  
 um zu sehn, ob sie sich finden.  
 Einer Bürgermeistrin Festkleid  
 — Schokoladeglanzpapier —  
 trägt die Jungfrau; und am Hals  
 hangen Kettchen ihr aus Mandeln.  
 San José bewegt die Arme  
 unter einer seidnen Capa.  
 Mit drei Perserfürsten geht  
 hinterher Pedro Domecq.  
 Und von einer Storchekstase  
 träumte es dem hellen Mond.  
 Flatternde Standarten, Lämpchen  
 überfluten die Altane.  
 In den großen Spiegeln schluchzen  
 Tänzerinnen ohne Hüften.  
 Wasser, Schatten, Schatten, Wasser  
 durch Jerez de la Frontera.

Stadt, o Stadt du der Zigeuner!  
 Fahnen an den Straßenecken.  
 Lösche deine grünen Lichter,  
 denn die Guardia Civil kommt.  
 Stadt, o Stadt du der Zigeuner!  
 Wer wohl deiner nicht gedächte,  
 der dich je gesehen hat?  
 Laßt weit fort sie nur vom Meer,  
 kämmt nicht ihr gescheitelt Haar.

## Romanze von der spanischen Guardia Civil



Nacheinander und zu zweit  
 rücken sie zur Feststadt vor.  
 Ein Geraun von Immortellen  
 dringt in die Patronentaschen.  
 Und sie rücken vor zu zweit.  
 Zweifaches Gespinnstnotturmo.  
 Himmel ist für sie nur eine  
 Schauvitrine voller Sporen.

Doch die Stadt war ohne Furcht  
 und vervielfacht ihre Tore.  
 Vierzig Guardias Civiles  
 dringen durch sie ein und plündern.  
 Stehenblieben da die Uhren,  
 und, um nicht Verdacht zu wecken,  
 hat der Kognak in den Flaschen  
 rasch maskiert sich als November.  
 Lang gezogene Schreie flogen  
 von den Wetterfahnen auf.  
 Hufe stampfen Brisen nieder,  
 die von Säbeln sind durchschnitten.  
 Durch der Straßen halbes Dunkel  
 fliehen die Zigeunerinnen,  
 die ganz alten, mit den Pferden  
 — müd und schläfrig — und mit ihren  
 Einmachtöpfen voller Münzen.  
 Durch die steilen, engen Straßen  
 flattern auf die Unheilcapas;  
 hinter ihren Rücken lassen  
 flüchtge Wirbel sie von Scheren.

Unterm Tor von Bethlehem  
 sammeln nun sich die Zigeuner.  
 San José, bedeckt mit Wunden,  
 hüllt ein totes Mägdlein ein.  
 Hart und schneidend gelln Gewehre  
 zäh die ganze Nacht hindurch.  
 Und mit feinem Sternenspeichel  
 heilt die Heilige Jungfrau Kinder.  
 Aber die Gardisten rücken  
 vor und säen Scheiterhaufen,  
 drauf die Imagination,  
 jung und nackend, bald verbrannt wird.  
 Rosa, Sprößling der Camborio,  
 hockt vor ihrer Tür und ächzt —  
 beide Brüste, abgeschnitten,  
 hingelegt auf eine Schale.  
 Andre Mädchen wieder rannten  
 — und verfolgt von ihren Zöpfen —  
 hin in eine Luft, wo Rosen  
 auf aus schwarzem Pulver bersten.  
 Als dann aller Häuser Dächer  
 Furchen in der Erde waren,  
 wiegt das Morgengraun in langem  
 steinernem Profil die Schultern.  
 Stadt, o Stadt du der Zigeuner!  
 Die Zivilgardisten reiten  
 fort durch Schweigetunnel,  
 während Flammen dich umzüngeln.

Stadt, o Stadt du der Zigeuner!  
 Wer wohl deiner nicht gedächte,  
 der dich je gesehen hat?  
 Suchet sie auf meiner Stirn.  
 Spiel des Mondes und des Sands.

# Der Weisheit letzter Schluß?

Man mag über die Suezaffäre denken wie man will, eines hat sie deutlich werden lassen: Sie hat gezeigt, wie weit heute ein Staat in der Verletzung internationaler Verträge gehen kann, ohne daß ein kriegerischer Konflikt entsteht. Es werden zwar vorbereitende militärische Maßnahmen getroffen, man zieht Flottenverbände zusammen, mobilisiert Reservisten, aber die Waffen schweigen. Und sie werden weiter schweigen.

Das ist zweifellos ein Erfolg der modernen Strategie der Abschreckung, des militärischen „new look“, der den Frieden durch die Angst vor den furchtbaren Wirkungen eines Atomkrieges erhalten will. Ohne die Kernwaffen in der Hand der großen Militärmächte hätte Nasser seinen kühnen Griff nach der Lebensader Europas wohl kaum wagen können. Kriegerische Konsequenzen wären unausbleiblich geblieben. Heute dagegen weiß er, daß niemand das Risiko eines Weltbrandes auf sich nehmen würde. Das Säbelrasseln der Briten und Franzosen kann ihn kaum einschüchtern. Es wirkt unter der Drohung der Atomwaffen fast wie ein Schauspiel aus vergangener Zeit.

Man muß sich fragen, ob diese Auswirkungen der neuen Strategie als erfreulicher Erfolg bezeichnet werden können. Gewiß, der Weltfrieden scheint gesichert zu sein. Der höchste Zweck ist erfüllt. Aber stimmt es uns nicht bedenklich, daß hier ein Staat, der keineswegs über bedeutende Machtmittel verfügt, einen Willkürakt vollziehen kann, ohne daß die militärische Möglichkeit besteht, ihn daran zu hindern? Solange das Recht auf seiner Seite ist, mag man darin einen Vorteil sehen, einen Schutz der Schwachen gegenüber der Willkür der Großmächte. Wie aber, wenn der Angreifer sich nicht im Recht befindet? Offenbar braucht er sich nur der Sympathie einer der großen Atommächte zu versichern, um ein Unrecht wagen zu können.

Man mag dem entgegenhalten, daß in solchen Fällen die Lösung auf dem Konferenzweg gefunden werden könne, und dieser Weg sei in jedem Falle dem der Gewalt vorzuziehen. Wenn sich nun aber herausstellte, daß die versammelten Nationen am Verhandlungstisch auch keine Machtmittel gegenüber der Willkür besitzen?

Diese Möglichkeit wird man immerhin als gegeben ansehen müssen, wenn man sich klar macht, daß die strategische Idee des „new look“ darin liegt, den Krieg zu verhindern. Man will doch die nukleare Rüstung erreichen, daß kein anderer als der Atomkrieg mehr geführt werden kann und daß dieser infolge der Furcht vor der gegenseitigen Vernichtung unmöglich gemacht werden soll. Es ist die Vorbereitung auf den Krieg, der nicht stattfinden darf! Diese nukleare Hochrüstung führt zwar zur politischen Balance, aber sie führt gleichzeitig zu einem Unwirksamwerden der strategischen Machtmittel. Einen Krieg, von dem man weiß, daß er niemals geführt werden wird, braucht niemand zu fürchten. Er hat aufgehört, ein Mittel der Weltpolitik zu sein.

## Ersehnte Sicherheit

Ist diese Strategie nun der Weisheit letzter Schluß? Haben sich die großen Militärmächte damit nicht selbst die Hände gebunden? Oder glauben sie, daß dadurch wirklich eine Garantie des Friedens gegeben sei? Wir haben uns heute daran gewöhnt, unbewiesene Schlagworte zur Meinungsäußerung zu verwenden. Wir behaupten bedenkenlos, der strategische „new look“ sei nunmehr zur unbestreitbaren Tatsache geworden, und es sei höchste Zeit, endlich umzulernen und den neuen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Wir glauben, die Kriegstheorie der großen Atommächte ohne weiteres auf die Verhältnisse der Republik anwenden zu können.

## Mord

Federico García Lorca ist im Juli 1936 von Anhängern Francos ermordet worden. Es hat lange gedauert, bis man von den näheren Umständen seines Todes erfuhr. Noch heute weiß man die Zeit nicht, zu der es geschah, und auf jener Hinrichtungsstätte, auf der auch er erschossen wurde, ist das Stückchen Erde, das seine Gebeine birgt, nicht bekannt. Manch einer hat in Spanien versucht, heimlich sein Grab zu suchen und die Fahrt angetreten nach dem kleinen Ort Viznar, nicht weit von Granada. Verläßt man das Dorf in der Richtung zum Friedhof und geht dann noch weiter über ein ausgetrocknetes Flußbett, bis die Landstraße nach vielen Serpentinaen plötzlich in einer Schlucht endet, dann steht man an einer der Gräberstätten, wo, wie vielerorts im heutigen Spanien, Hunderte von Toten in flachen Gräbern liegen. Einer von ihnen war Spaniens großer Dichter.

Man berichtet, und so könnte es gewesen sein, daß in Spanien das Gerücht ging, die „Roten“ hätten den Schriftsteller Benavente getötet. Dies entspricht nicht der Wahrheit, aber es genügte. Ein konservativer Abgeordneter, der mit einigen Freunden in einem Kaffeehaus zusammensaß, soll von dem Gerücht erfahren und ausgerufen haben: „Nun, wenn sie Benavente um-

gebracht haben, wir haben García Lorca. Warum hat sich ihn noch niemand vorgenommen?“ Darauf seien zwei Männer aufgestanden, um die Tat auszuführen. García Lorca war zu dieser Zeit in Granada, und bei der ersten Nachricht vom Ausbruch der Militärrevolte Francos hatte er im Hause des Dichters Luis Rosales, eines guten Freundes, Zuflucht gefunden. Der Umstand, daß der Bruder des Rosales, der ebenfalls dort wohnte, ein führender Falangist war, schien Gewähr genug für seine Sicherheit. Doch aus eben diesem Hause wurde er von bewaffneten Männern geholt, die ihn dort im Auto nach der Todesschlucht brachten. Es gibt die Schilderung eines Mannes, der aussagt, als Augenzeuge bei dem schrecklichen Ende dabeigewesen zu sein. Ein offizieller Bericht existiert nicht. H. G. Wells richtete später in seiner Eigenschaft als Präsident des PEN-Klubs ein Telegramm an Franco, der zur Antwort gab, er „besitze keine Mitteilungen über diese Sache“.

Wie der tragische Vorgang auch gewesen ist, es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Federico García Lorca, so wenig parteigebunden er auch war, den Aufständischen ein Dorn im Auge war. Seine Freunde und auch Verwandte von ihm gehörten den sozialistischen Kreisen Granadas an und er selbst stand dem Herzen und der Seele des Volkes nahe, er war der Dichter seiner Leiden und Wünsche. Eben

Wir sind bereit, an die Behauptung zu glauben, daß ein Krieg in Europa in jedem Fall ein Atomkrieg sein würde.

Hinter solchen Gedanken verbirgt sich die Sehnsucht nach Sicherheit und Frieden. Nie-

mand wird daraus einen Vorwurf ableiten! Aber verleitet nicht gerade sie dazu, die Dinge nicht in der Realität zu sehen, die auf dem Felde der Strategie nun einmal notwendig ist, wenn man den gangbaren Weg finden will.

## Gedanken nach der Wahl

# Opportunismus und Wirklichkeit

Nackter Opportunismus wirkt abstoßend. Daher ziehen es viele Opportunisten vor, sich in Gewänder zu hüllen, die ihnen ein „realpolitisches“ Aussehen geben sollen. In Wahlzeiten argumentieren sie etwa so: „Wollen wir die Menschen für unsere Sache gewinnen, müssen wir sie nehmen, wie sie sind.“ Dann wird mit sichtlichem Behagen (man merkt förmlich die physische Sympathie für alles Spießrische) ausgeführt, daß sie besser leben wollen, ohne dafür kämpfen zu müssen, und daß ihnen der Sozialismus wenig, aber ein Auto oder Fernsehgerät viel bedeutet. Und manche von den „Leuten“, die früher Nazi waren, hören es gern, wenn man nette, verniedlichende Worte für diese Zeit findet und die damals begangenen Verbrechen geflissentlich verschweigt...

### Die „Realpolitiker“

Die Schlußfolgerung, die aus dieser sehr oberflächlichen Meinungsforschung zu ziehen ist, ergibt sich scheinbar von selbst: man muß „den Leuten“ nach dem Mund reden, um sie zu gewinnen. Es schadet dabei wenig, wenn auf den Gefühlen der aufrechten Arbeiter herumgetrampelt wird. Die sind ohnehin bei uns, die kann man ungestraft kränken und beleidigen. (Beispiel: ein Wahlplakat, das die Namen der unsterblichen Februartkämpfer gleichsetzt mit den Namen faschistischer Putschisten, die an den Schandpfahl gehören.)

Die sogenannten Realpolitiker sind bei der Verteidigung ihrer Haltung auf moralische Argumente gefaßt. Sie pflegen dann ein altkluges, ein wenig verschmitztes Gesicht zu machen und dem Entrüsteten zu erklären, daß es in der Politik auf den praktischen Erfolg ankommt. Mit edlen Grundsätzen, mit ehrenwerten Bekenntnissen gewinnt man, ihrer Auffassung nach, weder Wähler noch Mandate. Täuschen wir uns nicht: manche werden durch diese „realistischen“ Argumente zum Schweigen gebracht. Vor die Wahl gestellt: Prinzipientreue oder praktischer Erfolg?, sehen sie sich einem unlösbaren Dilemma gegenüber.

darum durfte seine Stimme auch nach seinem Tode nicht gehört werden. Zwölf Jahre lang verbot die spanische Zensur jede Erwähnung seines Namens. Es mag auf die Notwendigkeit einer Rechtfertigung vor dem Forum der Welt und im besonderen auf die eines günstigen Klimas für Wirtschaftsverhandlungen mit Argentinien zurückzuführen sein, daß man zu Ende des Jahres 1948 plötzlich offiziell seinen Tod als ein von Unbekannten begangenes Verbrechen verurteilte. Selbst eine spanische Gesamtausgabe seiner Werke ist jetzt im Werden, doch darf man zweifeln, ob sie authentisch ist.

Eine spätere, autorisierte Ausgabe durch den Bruder des Dichters, Francisco García Lorca, ist zu erwarten. Die guten Übersetzungen der Gedichte, Dramen und Essays sind Enrique Beck zu danken.

In diesen Tagen sind es zwanzig Jahre, daß Federico García Lorca gestorben ist. Er war ein Sohn Spaniens und ist ein Dichter für die ganze Welt geworden. Wahre Dichter sind selten und auch auf diesen trifft zu, was er seinem Freund Ignacio Sanchez Mejias als Totenklage gesungen hat:

**„Lang wird es währen bis zur Geburt,  
wird je er geboren, eines Andalusiers, so  
lauter, an Wagnis so reich.“**

Aber ist diese Alternative berechtigt? Kann die Preisgabe sozialistischer Grundsätze, kann die Verdunkelung sozialistischer Ziele der Sache des Sozialismus wirklich einen „praktischen Erfolg“ bringen? Wir wollen versuchen — unter bewußter Ausschaltung aller moralischen, ethischen, gefühlbetonten Momente —, diese Frage nüchtern und sachlich zu beantworten.

### Das politische Klima

Jede gesellschaftspolitische Bewegung bedarf zu ihrem Sieg gewisser klimatischer Bedingungen. Eine Partei der kapitalistischen Restauration wird in einem sozialrevolutionären Klima ebensowenig siegen können wie eine Partei der sozialistischen Umgestaltung in einem Klima besitzbürgerlicher Stabilität. Die jeweiligen klimatischen Verhältnisse werden von einer Reihe objektiver und subjektiver Faktoren bestimmt. Zu den wichtigsten subjektiven Faktoren gehört die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Wir denken dabei an jenes Instrument, das man in Anlehnung an eine nützliche Errungenschaft der modernen Technik „politische Klimaanlage“ nennen könnte.

Wie funktioniert nun diese Klimaanlage in der politischen Sphäre? Ein aktuelles Beispiel: der gegnerische Propagandaapparat entfaltet eine zügellose, vor keiner Lüge, vor keiner Verleumdung zurückschreckende Hetze gegen die Verstaatlichung. Die „Realpolitiker“ lassen sich in die Defensive drängen und erklären: „Nichts liegt uns ferner, als die Verstaatlichung ausweiten zu wollen. Wir haben nur die bescheidene Absicht, das bereits Verstaatlichte zu erhalten.“ Es mag zutreffen, daß diese gemäßigte, auf jede sozialistische Zielsetzung verzichtende Haltung den einen oder anderen kleinbürgerlichen Wähler beeinflusst, vielleicht sogar gewinnt. Aber wer profitiert stimmungsmäßig, klimatisch, von dieser defensiven Taktik? Natürlich der bürgerliche Gegner! Wenn selbst die Sozialisten beteuern, daß die Verstaatlichung nicht erweitert werden soll — dann kann doch an dieser Wirtschaftsform tatsächlich nicht viel dran sein. Man hüte sich vor einem Mißverständnis: Nur wenige werden diese Konsequenz bewußt ziehen und in klare Worte kleiden. Aber viele empfinden, daß die sozialistische Position schwach sein muß, wenn sie so schwächlich verteidigt wird und die Sozialisten auf jede offensive Forderung verzichten. Wer in der Defensive ist, hat das „Klima“ immer gegen sich.

### Ideologische Konzessionen — nein

Wir hören einen Einwand der „Realpolitiker“: „Bedenkt doch, was geschehen wäre, wenn wir den Versuch gemacht hätten, gegen den Strom zu schwimmen.“ Es folgt ein in den düstersten Farben gemaltes Bild der Niederlage. Trotzdem sind die „Realpolitiker“, wie sie ausdrücklich betonen, keineswegs der Meinung, daß keine Fehler begangen wurden. Nur glauben sie, daß sich diese in einer anderen Richtung bewegen: man hätte eine noch „rechtere“ Politik machen und vor allem auf die „Ehemaligen“ mehr Rücksicht nehmen müssen. Es lohnt sich, auf diese Kritik von ganz rechts näher einzugehen.

Die Gewinnung neuer Schichten spielt im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus eine überragende Rolle. Unter den besonderen Bedingungen Österreichs gehören dazu auch viele Menschen, die aus dem nationalsozialistischen Lager kommen. Die „Realpolitiker“ versuchen nun, mit Hilfe dieser „Ehe-

maligen“ eine falsche Alternative zu konstruieren: Sollen wir sie gewinnen oder aus Prinzipientreue auf diese Gruppe und ihre Stimmen verzichten? Aber darum geht es gar nicht! Auch die Prinzipientreuen, auch die Linken, auch die Opfer des Faschismus, die Schutzbündler und Freiheitskämpfer, lehnen die Gewinnung ehemaliger Nationalsozialisten — abgesehen von einer kleinen Minderheit belasteter Verbrecher — keineswegs ab. Der Streit bezieht sich lediglich auf das Wie, auf den geistigen Inhalt der Werbung.

Die „Realpolitiker“ sind zu weitgehenden ideologischen Konzessionen bereit, die zwangsläufig zur Preisgabe sozialistischer Grundsätze führen\*). Indessen gibt es eine andere, die Vergangenheit der Arbeiterbewegung nicht besudelnde Methode der Werbung „Ehemaliger“. Es ist nur notwendig, eine in der modernen Psychologie kaum mehr bestrittene Erkenntnis auch in der Politik anzuwenden: der Mensch ist ein Bündel von Widersprüchen. Er vereinigt in sich widerstrebende, einander scheinbar aufhebende Interessen und Bedürfnisse, Wünsche und Vorurteile.

### Überzeugen — nicht ködern

Nehmen wir als Beispiel für ein solches „Bündel von Widersprüchen“ den ehemaligen Nationalsozialisten Walter P., der dem Schreiber dieser Zeilen gut bekannt ist. P. legt größten Wert darauf, kein Nazi zu sein. Aber wenn man ihn geistig ein wenig kratzt, zeigt sich in seinem Denken noch die eine oder andere braune Stelle. Diese Entdeckung ist aber weit davon entfernt, eine erschöpfende Charakteristik von Walter P.s Persönlichkeit zu liefern. Sehen wir uns doch seine soziale Situation an: Er ist von Beruf Angestellter und hat größte Mühe, mit seinem Gehalt auszukommen. Wie fast alle seine Kollegen schimpft Walter P. über die Unternehmer, denen auch die bescheidenste Gehaltserhöhung erst abgerungen werden muß. Er ist daher durchaus empfänglich für Fragen, die mit der Verteilung des Sozialproduktes zusammenhängen. Wer ihn gewinnen will, hat es daher gar nicht nötig, vor der Nazivergangenheit einen Knix zu machen.

Wir wollen damit sagen: Ob man mit den „Ehemaligen“ über Löhne und Preise spricht oder versucht, bei ihnen die Erinnerung an Planetta und Holzweber zu wecken — das ist keineswegs bloß eine Frage der Zweckmäßigkeit oder der „Taktik“. Auch hier geht es um die Klimabildung: ideologische Konzessionen an die faschistische Vergangenheit helfen mit, ein reaktionäres, dem Sozialismus ungünstiges Klima zu schaffen. Daß solche Methoden auch wahltaktisch völlig wirkungslos bleiben können, haben die kürzlich stattgefundenen Nationalratswahlen zur Genüge bewiesen. Aber das ist in diesem Zusammenhang gar nicht entscheidend. Auch Stimmen- und Mandatsgewinne, die durch ideologische Konzessionen erkaufte werden, schwächen letzten Endes die sozialistische Bewegung. Wenn es hart auf hart geht, erweisen sich in einem bürgerlichen Klima die „echten“ Bürgerlichen stets als die Stärkeren. Das gleiche gilt für jene aus Amerika importierte Sorte eines reaktionären Antikommunismus: in letzter Konsequenz richtet sich die antikommunistische Hysterie (die nichts zu tun hat mit der notwendigen Bekämpfung der Entartung und des Terrors) gegen die gesamte Arbeiterbewegung und gegen jede Form des vergesellschafteten Eigentums an den Produktionsmitteln. Daher ist es in einem Klima des reaktionären Antikommunismus relativ leicht, die Verstaatlichung zu diffamieren. Wieder profitiert also der Gegner von dieser „Realpolitik“.

Fassen wir zusammen: der Opportunismus, der sich ständig auf seine realpolitische Nüchternheit beruft, ist in Wahrheit naiv und wirklichkeitsfremd. Er leidet selbst an jenen Fehlern, die er seinen Kritikern, vor allem den bösen „Theoretikern“, vorzuwerfen pflegt. Den opportunistischen Utopien gilt es die einfache, historisch erhärtete Wahrheit entgegenzustellen:

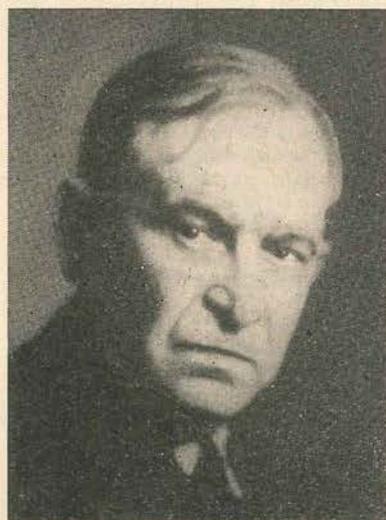
**Der Sozialismus wird nur siegen im harten Kampf gegen den bürgerlichen Gegner und nicht durch Anpassung an dessen Ideologie.**

\*) Siehe das vorher erwähnte Wahlplakat, das Nazisputschisten auf eine Stufe stellt mit Februarkämpfern!



## Otto Bauer

Am 5. September dieses Jahres wäre Genosse Otto Bauer 75 Jahre alt geworden. Er starb, vom Austrofaschismus in die Emigration getrieben, am 4. Juli 1938 in Paris. Österreichische Genossen, französische



Parteifreunde und internationale Sozialisten gaben ihm das Grabgeleite und setzten seine Urne auf dem Friedhof Père Lachaise bei. Dort, gegenüber der Mauer der Föderierten, dem berühmten Todesmal der Pariser Kommune kämpfer, ruhte seine Asche, bis sie nach der Befreiung Österreichs vom zweiten Faschismus, im Februar 1948, nach Wien heimgeholt wurde.

Guy Mollet, der die sterblichen Überreste seines Freundes nach Wien begleitete, sagte damals bei der Beisetzungsfeier: „Wir wollen Otto Bauer die Treue des Geistes bewahren, indem wir von ihm die wahren Grundlagen jeder sozialistischen Bewegung übernehmen: sozialistisches Wissen, sozialistische Überzeugung, sozialistische Erziehung. Er war ein Mann der Theorie, aber seine Größe bestand darin, daß er zugleich auch ein Mann der Tat war: er hat gegen den Faschismus gekämpft...“

Das Gedenken an Otto Bauer bedeutet, sich der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Einbruch des Faschismus zu besinnen, da sein Wirken kommunizierend mit ihren einzelnen Phasen ist. Schon in jungen Jahren stieß er zur Sozialdemokratischen Partei und erregte als Student Victor Adlers Aufmerksamkeit. Als erstes Amt bekleidete er die Stelle als Fraktionssekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sein erstes gesellschaftswissenschaftliches Werk, „Die Nationalitätenfrage“, erregte internationales Aufsehen. 1917 aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen, wurde er beim Umsturz für kurze Zeit Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, wandte sich dann ganz der Parteiarbeit zu, schrieb glänzende Beiträge im „Kampf“ und, fast täglich, den Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“. Wann und wo immer er Stellung nahm zu politischen, ökonomischen und sonstigen Zeitproblemen, der messerscharfen Logik seiner Analysen konnte sich niemand entziehen, und die wenigen ebenbürtigen Gegner, wie etwa Seipel, achteten ihn und setzten sich mit seinen Ausführungen sehr eindringlich auseinander. Die anderen, denen seine sittliche Strenge des Verantwortungsbewußtseins ebenso mangelte wie die Lauterkeit seines Charakters und die Schärfe seines Verstandes, wußten sich nicht anders zu helfen, als ihn in ohnmächtiger Wut zu begeifern. Dabei war er es, der nicht eindringlich genug vor den Gefahren der faschistischen Diktaturgelüste der bürgerlichen Parteien warnen konnte und das Zuwarten der Sozialdemokraten mit der sittlichen

Scheu vor dem Bürgerkrieg und der Verantwortung vor den Müttern des Landes begründete. Seine mahnenden Worte, damals in den Wind gesprochen, haben heute historische Bedeutung, sind zum Zeugnis vor der Weltgeschichte geworden!

Ungebrochen wirkte er vom Exil aus weiter: zunächst leitete er in Brünn das Auslandsbüro der österreichischen Sozialisten, redigierte die illegale „Arbeiter-Zeitung“, blieb in ständigem Kontakt mit den österreichischen Genossen und fand noch Zeit,

sein letztes bedeutendes Werk „Zwischen zwei Weltkriegen“ zu schreiben. Hitlers Griff nach der Tschechoslowakei trieb ihn weiter, nach Paris, wo er völlig unerwartet nach einem Herzanfall starb. Es war ihm nicht vergönnt, die Erfüllung seiner prophetischen Worte vom Ende der Diktatur und der Wiederkehr der österreichischen Arbeiterbewegung mitzerleben, aber die Idee, die er vertrat, hat sich tausendfach bewährt. Die große Idee des Sozialismus lebt, und er lebt in ihr ewig weiter.

## Das internationale Treffen

Sozialistische Widerstandskämpfer vom 28. April bis 2. Mai 1956 in Wien

Als im Mai 1955 eine Delegation unseres Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus den Gedenk- und Befreiungsfeiern der Gemeinschaft der politisch verfolgten Sozialdemokraten in Köln und Düsseldorf beiwohnte, da wurde erstmals ein internationales Treffen der Widerstandskämpfer in Wien besprochen. In mehreren Sitzungen unseres Bundesvorstandes und in einem regen Schriftverkehr mit den deutschen Freunden wurde schließlich der Zeitpunkt des Treffens, anschließend an die Bundeshauptversammlung, so festgesetzt, daß die deutschen Widerstandskämpfer den 1. Mai in Wien miterleben können. Als unerwartet die Nationalratswahlen ausgeschrieben wurden, meinten manche Genossen, daß unser Bund in der Zeit eines Wahlkampfes die Organisation dieses großen Treffens nicht würde durchführen können. Der Bundesvorstand und eine Wiener Obmännerkonferenz teilten diese Bedenken nicht, und dank der Mitarbeit aller Funktionäre wurde das Treffen zu einem unvergeßlichen Erlebnis für alle, die daran teilgenommen haben. Wieder einmal erwies sich die Gastfreundschaft der Wiener Genossen als beispielgebend, und es floß am Samstag, dem 28. April 1956, manche Träne der Enttäuschung, weil das so schön und sorgfältig vorbereitete eine oder andere Quartier leer geblieben war. Das Angebot an Quartieren war so unerwartet groß gewesen, daß eben trotz dem Eintreffen der zugesagten 600 deutschen Gäste nicht alle Quartiere benötigt wurden. Erfreulich war es, daß so viele Ehepaare unter den Gästen waren. Freilich machte die gemeinsame Unterbringung von Ehepaaren manchem Funktionär Sorgen, weil einerseits die Wiener Wohnungen im allgemeinen kaum ungenützte Schlafräume haben und daher die meisten Quartiergeber wohl einen Gast, aber nur schwer zwei Gäste nehmen konnten. Aber auch diese kleine Schwierigkeit wurde überwunden, und soweit wir durch unsere Gäste informiert wurden, waren alle zufrieden. Wir wollen an dieser Stelle nochmals allen Genossen für die vorbildliche Gastfreundschaft Dank sagen. Sie haben durch ihr Verhalten unserer Wiener Partei und der österreichischen Arbeiterbewegung viele neue Freunde gewonnen.

Über den Verlauf des Treffens und die Eindrücke, die unsere deutschen Freunde empfangen und gewonnen haben, wollen wir den Sekretär der Gemeinschaft der politisch verfolgten Sozialdemokraten, Genossen Sally Kefler, selbst berichten lassen.

Das Erlebnis der Wienfahrt wird allen unvergeßlich sein, die dabeigewesen sind.

Die aus dem Lande Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf ankommenden Teilnehmer wurden auf dem Bahnhofsvorplatz von der Rheinbahnkapelle begrüßt, und sehr bald hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt. Vor Abfahrt des Sonderzuges verabschiedete Bundestagsabgeordneter Genosse Erwin Lange die Wienfahrer. Er brachte zum Ausdruck, daß es für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Ehre sei, daß gerade die Menschen, die in der schwersten Zeit Deutschlands geopfert und gelitten haben, die Bande der Freundschaft mit unseren österreichischen Genossen erneut knüpfen. Die Falken überreichten dem Genossen Erich Paschke ein Buch, das er als Gruß der Sozialistischen Jugend Deutschlands der Sozialistischen Jugend Österreichs überreichen sollte.

Schon diese Verabschiedung durch die Partei hatte alle Teilnehmer der Wienfahrt sichtlich beeindruckt. Selbst die Tatsache, daß der Zug erst mit zwei Stunden Verspätung abdampfte, konnte die gute Stimmung nicht beeinträchtigen.

Die 60 Personen starke Delegation wurde von ihrem Bürgermeister Genossen Burauen verabschiedet. Genosse Burauen hob ebenfalls hervor, daß die Widerstandskämpfer die berufenen Vertreter sind, die alte Freundschaft zwischen den österreichischen und deutschen Genossen aufzufrischen.

Auch unsere Bonner Freunde wurden auf dem Bahnsteig mit den besten Wünschen und herzlichen Grüßen für das „Rote Wien“ verabschiedet.

So ging die Fahrt über Koblenz nach Frankfurt, wo nochmals 30 Teilnehmer zustiegen.

Die Nacht im Sonderzug verging wie im Fluge. Erinnerungen wurden ausgetauscht, und auf allen Gesichtern zeigte sich frohe Erwartung. Wer zu einem Nickerchen die Augen geschlossen hatte, war sofort wieder munter, als er sanft geweckt wurde, um einige D-Mark zu kassieren. Es war eine besondere Überraschung, daß ein Teil des eingezahlten Geldes zurückerstattet wurde. Und manchem Genossen, der knapp bei Kasse war, wird es dadurch möglich geworden sein, in Grinzing ein Viertelchen „Heurigen“ zu genießen!

An der Grenzstation bestieg eine Abordnung der Wiener Genossen unseren Zug. Obwohl wir mit zwei Stunden Verspätung in Linz eintrafen, hatten es sich die Genossen dort nicht nehmen lassen, auf die Ankunft des Sonderzuges zu warten. Selbst der Bürgermeister war gekommen und hatte zwei Stunden gestanden, um die deutschen Freunde begrüßen zu können.

Um 13.40 Uhr rollte dann der Zug in den Wiener Westbahnhof. Musik und Freundschaftsrufe hallten uns entgegen, und rote Fahnen grüßten die deutschen Widerstandskämpfer. Die an den Zugfenstern stehenden Genossinnen und Genossen winkten den österreichischen Freunden zu und begrüßten sie mit unserem alten Kampfruf „Freiheit!“ Schon in diesem Augenblick fühlten wir uns alle als Brüder und Schwestern einer großen Gemeinschaft, die gekämpft hat und heute noch kämpft für Menschlichkeit, Freiheit und Frieden!

Als dann die Vertreter des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus — an der Spitze Genossin Rosa Jochmann mit Genossen Karl Mark und Genossin Rudolfiner Muhr — die Freunde aus Deutschland offiziell empfangen hatten, bot sich ein Bild, das zu beschreiben, die Worte fehlen.

Weißhaarige Widerstandskämpfer und junge Sozialisten aus Wien umsorgten augenblicklich die Gäste aus Deutschland, und jeder hatte sofort das Gefühl, „zu Hause“ zu sein; mit soviel Freude und aufrichtiger Herzlichkeit wurden wir betreut. Enttäuschung

## Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Franz Fleck, Josef Hindels, Peter Jankowitsch, Sally Kefler, Max Kukil, F. Garcia Lorca, Josef Luitpold, Anton Pick, Rudolf Trimmel.

gab es nur bei den Wiener Freunden, die keinen Gast heimführen konnten, weil einfach mehr Quartiere zur Verfügung standen als gebraucht wurden.

Am Abend des 28. April hatten alle Bezirke einen Begrüßungsabend arrangiert. Dadurch bot sich uns die Gelegenheit, Kontakt mit den Wiener Genossen zu bekommen und Erfahrungen auszutauschen.

Selbstverständlich brachten wir unseren Wiener Genossen die Hoffnung zum Ausdruck, daß dieses große internationale Treffen der Widerstandskämpfer ein gutes Omen sein möge und die Sozialisten, die Garanten für Frieden und Freiheit, diesen Wahlkampf siegreich bestehen mögen.

Am Sonntag, dem 29. April, versammelten sich auf dem Zentralfriedhof etwa 1000 Personen zu einer Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus. An der Spitze des Trauerzuges sah man die alten Fahnen von vor 1933 sowohl der sozialistischen Bewegung Österreichs als auch Deutschlands. Selbstverständlich fehlten nicht die alten Standarten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. — Diese Banner unserer Bewegung wurden zum Teil von denselben Genossen getragen, die schon in der Kampfzeit vor 1933 ihre Träger waren. Allen Schikanen und Gefahren zum Trotz wurden diese Symbole der Freiheit über die „1000 Jahre“ des Hitlerstaates gehütet und bewahrt.

Erstmals senkten sich die Fahnen am Grabmal des unvergessenen Genossen Karl Renner, des ersten Präsidenten der Zweiten österreichischen Republik.

Vor dem Mahnmal der Opfer des Nationalsozialismus hielt der Trauerzug an. Das Monument an sich zwingt schon zur Ehrfurcht.

Jungsozialisten Österreichs, hoch aufgerichtet, schweigend das Banner der Freiheit haltend, hielten Wache.

Rosa Jochmann, die Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, erinnerte daran, daß dieses Mahnmal nicht alle die Opfer umfaßt, deren man heute gedenken möge; es gibt noch viele Gräber; es gibt aber auch Millionen Opfer des Widerstandes, die keine Gräber haben.

Genossin Jochmann rief in die Erinnerung zurück die Opfer der Widerstandskämpfer und die Untaten jener, die nicht verdienen, als Menschen anerkannt zu werden. Sie beschwor die Versammlung, einzutreten für wahres Menschentum, darauf zu achten, daß die demokratischen Rechte gewahrt bleiben, nicht zu hassen, aber auch niemals zu vergessen!

Wieder senkten sich die Fahnen.

Im Namen der anwesenden 600 deutschen Delegierten sprach dann Genosse Max Kukil den österreichischen Freunden den Dank dafür aus, daß sie uns die Möglichkeit gegeben haben, an dieser Ehrfurcht gebietenden Stätte zu geloben, niemals nachzulassen im Kampf für Freiheit und Demokratie, niemals zu vergessen, was geschehen ist, damit unsere Länder, die Länder Europas, ja der ganzen Welt, aufbauen und in Frieden leben können.

Am Schluß dieser zu Herzen gehenden Feierstunde legten die Delegationen zu Ehren der Opfer des Widerstandes Kränze am Mahnmal nieder.

Auf dem mit Grün und Frühlingsblumen bekränzten Weg zu den bereitstehenden 15 Autobussen konnten wir Abstand gewinnen von den Erinnerungen einer schweren Zeit, die uns angesichts des Mahnmals und der beschwörenden Worte, die gesprochen worden waren, gefangengenommen hatten.

Bei einer Stadtrundfahrt lernten wir das „Rote Wien“ kennen. Die Wohn- und Erholungsstätten für die Arbeiter und Angestellten dieser großen Stadt.

Was wir sahen, hat uns stark beeindruckt.

Vor 1933 und nach 1945 hat hier eine Gemeindeverwaltung unter Beweis gestellt, was sie zu leisten vermag, wenn Sozialisten über eine bestimmende Mehrheit verfügen.

Den sozialen Belangen — als Problem Nr. 1 der Wohnungsbau, Schulbau und die Errichtung von Kindergärten — ist wirklich mit Vorrang Beachtung geschenkt worden.

Modern eingerichtete Wohnhausanlagen, voll Licht, Luft und Sonne, sauber, gepflegt, mit ausgedehnten Grünanlagen, schaffen die Voraussetzung für ein gesundes Familienleben.

In 170 Kindergärten werden Säuglinge und Kleinkinder von ausgebildetem Fachpersonal betreut.

Besondere Heimstätten für die „Alten“, schön und bequem, gehören neuerdings zu jedem Wohnhauskomplex. Auf diese Weise fühlen sich die „Alten“ nicht isoliert, sondern behalten Kontakt mit den jüngeren Generationen.

Der Name einer jeden Wohnhausanlage hat seine besondere Bedeutung. Da ist zum Beispiel die Per-Albin-Hansson-Siedlung. So benannt als Dank und Anerkennung an Schwedens Regierung, die 1945 dem schwer angeschlagenen Wien Anlagen zur Schuttauflbereitung zur Verfügung stellte. Durch diese Hilfe erst konnte der Wiederaufbau Wiens begonnen werden.

Unsere österreichischen Freunde, die Sozialisten im Wiener Gemeinderat, haben ihre Verbundenheit mit uns besonders dadurch bekundet, daß sie eine ihrer neuen Siedlungen nach unserem verstorbenen Berliner Bürgermeister „Ernst-Reuter-Hof“ benannt haben. Diese versöhnende, zugleich Achtung gebietende Geste wurde von uns mit besonderer Anerkennung aufgenommen, weil wir wissen, wie schwer es in Deutschland ist, eine Straße oder gar eine Siedlung nach einem Sozialisten zu benennen.

Bei einem gemeinsamen Mittagessen im Sofiensaal wurden wir durch den Sekretär der Wiener Parteiorganisation begrüßt. Nach der Pause setzten wir unsere Fahrt durch das „Rote Wien“ fort. Wir kamen zum Karl-Marx-Hof. Hier haben 1934 Wiener Arbeiter der Heimwehr bewiesen, daß sie nicht nur zu bauen verstehen, sondern das von ihnen Geschaffene zu verteidigen wissen.

Einer der seinerzeitigen Kommandanten, ein Mann aus dem Volke, ganz einfach in seiner Art, meinte, als wir mit ihm über jene Zeit sprechen wollten: „Was ist schon so Großes dabeigewesen, wir haben nur das getan, was richtig war und würden es morgen wieder tun, wenn es gilt, das zu verteidigen, was unsere Väter erarbeitet haben. Hier verstehen wir Österreicher keinen Spaß!“

Natürlich versäumten wir es auch nicht, Schloß Schönbrunn, das Riesenrad im Prater und andere Wahrzeichen Wiens in Augenschein zu nehmen.

Der Kahlenberg bot uns einen herrlichen Ausblick auf die große Stadt mit ihren Gewässern, Bauten, Straßen. Eine verschwenderische Natur breitete überall ihr Frühlingsblütenkleid aus. Über unseren Köpfen zog im ruhigen Gleitflug ein Segelflugzeug seine Kreise.

Aus den Gaststuben Grinzings klang Schrammelmusik und lud ein zum Heurigen. — Ein erlebnisreicher Tag ging zur Neige.

Der Vormittag des 30. April war frei. Die meisten Genossinnen und Genossen nutzten jedoch die Gelegenheit, mit Wiener Freunden der Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Arbeitersport- und Kulturbewegung zusammenzutreffen.

Der Wiener Bürgermeister, Genosse Jonas, empfing die kommunalpolitisch interessierten Genossinnen und Genossen. Die Diskussion zwischen deutschen und Wiener Kommunalpolitikern ließ erkennen, daß hüben und drüben die Aufgaben und Sorgen sich gleichen. Eine besonderen Höhepunkt brachte der Besuch des Volkstheaters am Nachmittag. Wir sahen Peter Lotars Requiem „Das Bild des Menschen“. Bühnenbild und Szene zog zurück in das eigene Erleben zwischen 1933 und 1945.

Gefängnis — mit Handschellen gefesselte Widerstandskämpfer in den Zellen — ein zynischer Gerichtspräsident — die Auseinandersetzung mit den grundsätzlichen Fragen, die sich aus der Tyrannei ergeben — wer ist berufen zum Widerstand gegen die Herrschaft der Gewalt — lohnt sich in diesem Kampf der Einsatz des Lebens, auch wenn der Tod ein verbliches Opfer zu sein scheint?

Die Menschen dieses Dramas, von der ganzen Welt verlassen, rangen, litten und starben für die ganze Welt.

Nach der Vorstellung war es schwer, das Gleichgewicht zu finden und in die Gegenwart zurückzukehren.  
(Schluß folgt)

## Das geht uns alle an

Am Joanneum in Graz hängt neben dem Ringkino ein Schaukasten des Österreichischen Turnverbundes (Turngau Steiermark), Allgemeiner Turnverein Graz. Dieser Schaukasten ist für „Mitteilungen des Turnvereines Graz“ bestimmt. Diese Mitteilungen ersetzen eine Wandzeitung, die sich keineswegs mit sportlichen oder kulturellen Nachrichten befaßt, wie es sich für einen biederen Turnverein geziemt, sondern auch mit Politik.

Und in der Folge 13 dieser Mitteilungen steht unter der Überschrift „Das geht uns alle an“ folgendes zu lesen:

1945: *Bedingungslose Kapitulation.*

*Maßlose Rachsucht der sogenannten Sieger führt nach dem Kreuzzug gegen das deutsche Volk einen Raubzug ohne Beispiel durch. Soweit materielle Werte verlorengingen, war dies überaus schmerzlich, doch nicht unbedingt lebensgefährlich. Tödlich sollte uns der Schlag gegen unsere Ideale treffen. Die höchste Pflichterfüllung, nämlich sein Leben für die Nation einzusetzen, wurde als Verbrechen angeprangert. Gehorsam gegenüber der Staatsführung wurde hart bestraft. Der Dienst für die Gemeinschaft wurde als Phrase einer Diktatur hingestellt, die nur das Volk ausnützen wollte. Schon allein eine gerade, aufrechte Haltung wurde als neofaschistisch, neomilitaristisch oder gar neonazistisch bezeichnet. Möglichst haltungslos in jeder Beziehung, das war der Ausdruck dieser neuen, von Fesseln befreiten Zeit.*

Ist das nicht Neonazismus in Reinkultur, in Stil, Inhalt und Ausdrucksweise? Wer noch Zweifel an dem Charakter der reaktivierten Turnerbünde hegt, dem ist wirklich nicht zu helfen.

Das geht uns wirklich alle an!

## Hakenkreuz und Orden

### IN ÖSTERREICH:

#### Hakenkreuz in der Öffentlichkeit getragen

In Hinzunbach, Gemeinde Eferding, wurde am 19. August eine Kriegergedächtniskapelle eingeweiht. Die Weihe fand unter der Patronanz des Kriegsoffizierverbandes statt. Mehrere hundert ehemalige Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene nach gefallenen Soldaten waren erschienen.

Bemerkenswert aber war, daß viele von den versammelten ehemaligen Wehrmachtangehörigen ihre Auszeichnungen mit den Hakenkreuzemblemen öffentlich zur Schau trugen. Diese Tatsache löste bei anderen Teilnehmern großes Mißfallen aus.

Soweit erinnerlich, gibt es doch in Österreich noch immer gültige Gesetze gegen das Tragen des Hakenkreuzes?

### IN DEUTSCHLAND:

#### Wenn schon, dann nur ohne Hakenkreuz

Der Deutsche Bundestag hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf angenommen, durch welchen das Tragen des Eisernen Kreuzes und anderer Auszeichnungen aus dem zweiten Weltkrieg (allerdings ohne das Hakenkreuz) gestattet werden soll.

\*

#### Enthüllung eines Denkmals für die polnischen Opfer von Mauthausen

Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen ist am 3. Juni 1956 ein monumentales Denkmal für die über dreißigtausend polnischen Opfer dieses KZ-Lagers enthüllt worden. Der Delegierte der polnischen Regierung, Minister Mijal, sowie der Gesandte des Staates Israel in Österreich, Minister Bentsur, und viele Delegierte anderer Organisationen haben die Toten durch die Niederlegung von Kränzen geehrt.

## ARBEITERBANK

### AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 505 40 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37  
Telephon B 26 091

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559  
Linz: Weingarishofstraße 3, Telephon 27 8 78  
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822



SS-Obersturmführer  
Wilhelm Reischenbeck

Vom Untersuchungsrichter des Landesgerichtes München ist ein Verfahren gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Wilhelm Reischenbeck eingeleitet worden. Er befindet sich zur Zeit in Haft. Reischenbeck war im Lager Auschwitz als Führer zweier Wachkompanien tätig und hat in dieser Eigenschaft die Evakuierungstransporte von Auschwitz nach Mauthausen im Jänner 1945 geleitet, bei denen eine erhebliche Anzahl von Häftlingen erschossen worden ist.

Nach Ablieferung des Transportes in Mauthausen war er im Lager Melk tätig, und auch dort soll er sich erheblich strafbar gemacht haben.

Von Melk hat er dann weiterhin einen Transport (Fußmarsch) von Häftlingen nach Ebensee geführt. Auch auf diesem Marsch sind eine größere Anzahl Häftlinge erschossen worden.

Der Untersuchungsrichter in München bittet nun, bei den Ermittlungen behilflich zu sein und Zeugen zu benennen.

Wir bitten alle Genossen und KZ-Kameraden uns zu schreiben, wenn sie sachdienliche Angaben machen können oder von Personen wissen, die vielleicht solche Angaben machen könnten.

## KZ-Lagerkommandant Karl Buck

Der berüchtigte, ehemalige KZ-Lagerkommandant Karl Buck wurde seinerzeit durch den deutsch-alliierten Gnadenausschuß begnadigt und aus der Haftanstalt Werl entlassen. Diesem Schrecken der KZ-Häftlinge hat das Regierungspräsidium Stuttgart den Spätheimkehrerausweis auf Grund der Spätheimkehrbescheinigung des Lagers Friedland ausgehändigt. Was sich dabei wohl der ausstellende Sachbearbeiter gedacht haben mag, als er entdeckte, daß er als ehemaliger KZ-Häftling des Lagers Heuberg seinem Kommandanten Buck jetzt diesen Ausweis ausstellte?

Es konnte ermittelt werden, daß Buck die freche Stirn besaß, beim Versorgungsamt I in Stuttgart Antrag auf Zahlung einer Kriegsversehrtenrente zu stellen. In Kreisen der politisch Verfolgten ist bekannt, daß Buck sicher keinen Dienst getan hat, außer dem eines SS-Gewaltigen zur Bewachung und Schikanierung der KZ-Häftlinge.

Im Augenblick wird durch die zuständigen Behörden geprüft, ob gegen Buck wegen seinen gegenüber deutschen Häftlingen begangenen Schandtaten die Durchführung eines Prozesses möglich ist. Diese Möglichkeit besteht dann, wenn die Buck verurteilenden französischen Gerichte nur jene Tatbestände zur Verurteilung herangezogen haben, die unter seiner Verantwortung und Mitwirkung an ausländischen KZ-Häftlingen begangen wurden.

Aus diesem Grunde wurde bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart das Verfahren gegen Buck eröffnet. Wir rufen alle politisch, rassisch und religiös Verfolgten auf, selbst erlebtes und beweiskräftiges Tatsachenmaterial der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. Nur so besteht die Möglichkeit, daß die von Buck begangenen Verbrechen nach deutschem Recht ihre Sühne finden.

## Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.



## Wichtig für unsere Spanienkämpfer

Die von Angehörigen der spanisch-republikanischen Armee in französischen Lagern in der Zeit vom 8. Februar 1939 bis 1. Juli 1940 verbrachte Haft kann nicht als polizeiliche Haft im Sinne des § 13 a Opferfürsorgegesetz betrachtet werden, und daher ist auch für diese Zeit keine Haftentschädigung zu gewähren.

Der Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde des Dr. H. D. gegen den Bescheid des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 7. Jänner 1955, betreffend Haftentschädigung nach dem Opferfürsorgegesetz, zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen\*).

### Entscheidungsgründe:

Der Beschwerdeführer, Inhaber einer Amtsbescheinigung nach § 1 Abs. 1 lit. c des Opferfürsorgegesetzes (kurz OFG), hat am 17. September 1952 beim Magistrat der Stadt Wien die Zuerkennung einer Haftentschädigung für die von ihm verbüßte polizeiliche und gerichtliche Haft in der Zeit vom 13. Februar 1934 bis 14. Februar 1934, 6. Februar 1935 bis 6. März 1935, 19. Mai 1935 bis 30. September 1936 sowie für die Zeit seiner Anhaltung in französischen Lagern vom 8. Februar 1939 bis Ende September 1941 und für die anschließende Haft bei verschiedenen Gerichten und in Konzentrationslagern bis zum 8. Mai 1945 beantragt. Der Landeshauptmann von Wien wies mit Bescheid vom 3. September 1953 den Antrag des Beschwerdeführers insoweit, als eine Haftzeit in französischen Lagern in der Zeit vom 8. Februar 1939 bis 31. Juli 1940 geltend gemacht wurde, mit der Begründung ab, daß die Anhaltung in Frankreich bis zu dem letztgenannten Zeitpunkt eine Ausländerinternierung gewesen sei und nicht als Haft im Sinne des Opferfürsorgegesetzes gewertet werden könne. Mit einem weiteren Bescheid vom gleichen Tage wurde dem Beschwerdeführer für die von ihm geltend gemachten übrigen Haftzeiten eine Haftentschädigung zuerkannt. Gegen den abweislichen Bescheid erhob der Beschwerdeführer Berufung und brachte vor, daß er aus politischen Gründen als Angehöriger der Internationalen Brigade im spanischen Bürgerkrieg interniert gewesen sei. Die Gründe für die Internierung seien vor dem 1. August 1940 dieselben gewesen wie nach diesem Zeitpunkt. Der angefochtene Bescheid habe es auch unterlassen, in der Begründung anzugeben, warum gerade die Haft in den französischen Lagern vor dem 1. August 1940 nicht anerkannt werden könne. Dem Umstand, daß diese Haft nicht von einer deutschen Behörde oder der NSDAP einschließlich ihrer Gliederungen durchgeführt worden sei, komme nach Ansicht des Beschwerdeführers keine Bedeutung zu, weil die Internierung auf Veranlassung deutscher Behörden erfolgt sei. Im Münchner Abkommen vom September 1938 seien Vereinbarungen über das künftige Verhalten Frankreichs zum Krieg in Spanien und über die Behandlung der österreichischen, deutschen und italienischen Angehörigen der Internationalen Brigade nach dem Zusammenbruch des republikanischen Spaniens getroffen worden. Dies ergebe sich auch aus der Tatsache, daß nicht alle in Frankreich lebenden Österreicher interniert worden seien, sondern daß es einer Anzahl von österreichischen sowie deutschen Staatsbürgern möglich gewesen sei, in Frankreich kulturell, politisch oder kaufmännisch tätig zu sein. Zum Beweis für sein Vorbringen beantragte der Beschwerdeführer, Anfragen an das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, das Bundesministerium für Inneres, das französische Außenamt, das französische Innenministerium, an die Fédération internationale des Résistants, des Victimes et des Prisonniers du Fascisme, an den Bundesverband der österreichischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus und an die Verbände der französischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus zu richten.

Da die belangte Behörde über diese Berufung nicht innerhalb von sechs Monaten in der Sache entschieden hat, erhob der Beschwerdeführer gemäß Artikel 132 BVG Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof wegen Verletzung der Entscheidungspflicht. Am 7. Jänner 1955 erließ die belangte Behörde den durch vorliegende Beschwerde angefochtenen Bescheid, worauf das Verfahren über die Säumnisbeschwerde mit dem hg. Beschluß vom 14. Februar 1955, Zl. 3190/54/2, gemäß § 36 Abs. 2 VwGG 1952 eingestellt wurde.

Mit dem vorangeführten Bescheid des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 7. Jänner 1955 wurde der Berufung des Beschwerdeführers keine Folge gegeben und der angefochtene Bescheid bestätigt. Die belangte Behörde ging bei ihren Überlegungen von dem sich auch aus den Angaben des Beschwerdeführers ergebenden Umstand aus, daß den nach Überschreiten der französischen Grenze im Februar

\* Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 22. September 1955, 714/55—2.

1939 internierten Angehörigen der spanisch-republikanischen Armee auch nach der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland im September 1939 eine geänderte Behandlung nicht zuteil geworden sei. Die durch nichts belegte Behauptung des Beschwerdeführers, daß in einem Geheimvertrag zum Münchner Abkommen die allfällige Internierung flüchtender Mitglieder der spanisch-republikanischen Armee zwischen Frankreich und Deutschland vereinbart worden sei, erscheine daher unlogisch, weil nicht verstanden werden könne, aus welchen Gründen Frankreich ein solches Abkommen auch nach dem 3. September 1939 hätte respektieren sollen. Es dränge sich vielmehr der Schluß auf, daß die Internierung der Flüchtlinge eine Maßnahme darstelle, die entweder durch den Umstand geboten schien, daß es sich hierbei um Angehörige eines fremden Heeresverbandes handle, oder daß sie aus Gründen des in Frankreich geltenden Fremdenrechtes erfolgt sei, da die Betroffenen mittellose Personen gewesen seien, die keine Aufenthaltsbewilligung besaßen und eine unkontrollierte Belastung des Arbeitsmarktes vermieden werden sollte. Diese Schlußfolgerungen würden auch durch die seinerzeitigen Ausführungen in der französischen Presse bekräftigt, die, als im Februar 1939 zahlreiche Angehörige der Streitkräfte der spanisch-republikanischen Armee nach Frankreich flohen, ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß eine Sperre der Grenze, die wohl naheliegendste Unterstützung der Interessen Deutschlands und Italiens, schon ungeachtet aller anderen Gründe infolge eines Präzedenzfalles im Jahre 1871 nicht möglich sei. Damals habe sich die geschlagene Armee Bourbakis auf Schweizer Gebiet begeben und sei dort interniert worden; weiter sei bekannt, daß bei Vorliegen triftiger Gründe und Bürgerschaft französischer Garanten eine Entlassung aus der Internierung möglich gewesen sei. Im Hinblick auf die klare Sachlage habe die belangte Behörde auf eine Ergänzung des Ermittlungsverfahrens verzichten können. Was die Festlegung des Beginnes einer Haft im Sinne des § 13 a Abs. 1 OFG mit August 1940 anlangt, so sei noch hinzuzufügen, daß die vom Beschwerdeführer angegebenen Haftorte durchwegs in der sogenannten freien Zone Frankreichs gelegen seien, für die zunächst ohne Zweifel die Vichy-Regierung allein verantwortlich gewesen sei. Bei Berücksichtigung des Zeitpunktes des Abschlusses des Waffenstillstandes zwischen Frankreich und Deutschland — 22. Juni 1940 — erscheine daher der Schluß, daß erst frühestens im August 1940 von einer Einflußnahme deutscher Behörden beziehungsweise deutscher Militärdienststellen auf die Vorgänge in der sogenannten freien Zone Frankreichs gesprochen werden könne, durchaus gerechtfertigt. Diese Annahme finde im übrigen auch darin ihre Bestätigung, daß beispielsweise der Beschwerdeführer erst im September 1941 nach Deutschland verbracht worden sei.

In der wegen Rechtswidrigkeit des Inhaltes und infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften erhobenen Beschwerde wiederholt der Beschwerdeführer im wesentlichen sein bisheriges Vorbringen.

Der Verwaltungsgerichtshof fand die Beschwerde in nachstehender Erwägung nicht begründet:

Streitentscheidend ist die Beantwortung der Frage, ob die Anhaltung des Beschwerdeführers in den französischen Lagern vom 8. Februar 1939 bis 31. Juli 1940 als eine aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität erlittene gerichtliche oder polizeiliche Haft im Sinne des § 13 a OFG anzusehen ist. Der Beschwerdeführer verneint, aus dem Umstand, daß nicht alle in Frankreich lebenden Deutschen und Österreicher in der kritischen Zeit interniert gewesen seien, den Schluß ziehen zu können, daß die Internierung von Ausländern in dieser Zeit nur aus politischen Gründen erfolgt sein könne. Diese Schlußfolgerung ist nicht stichhältig. Es ist eine offenkundige Tatsache, die keines Beweises bedarf, daß vor dem 3. September 1939 in Frankreich eine große Anzahl von Deutschen und Österreichern im Besitze einer Aufenthaltsbewilligung waren und dort ihren Berufen nachgingen. Aus dieser Tatsache ergibt sich aber nicht zwingend, daß die Internierungen von Ausländern in dieser Zeit aus politischen Gründen erfolgt sein müssen, da diese auch in fremdenpolizeilichen oder völkerrechtlichen Maßnahmen ihre Ursache gehabt haben können. Der Beschwerdeführer ist nach seinem Vorbringen im Februar 1939 als Angehöriger der Internationalen Brigade — sohin eines ausländischen militärischen Verbandes — auf französisches Gebiet übergetreten. Frankreich war nach den Bestimmungen des Völkerrechtes — Artikel II des Haager Abkommens über die Landneutralität (1919) — als eine im spanischen Bürgerkrieg neutrale Macht verpflichtet, die auf ihr Gebiet übergetretenen Truppen der Kriegführenden zu entwaffnen und festzuhalten (vgl. Verdross, Völkerrecht 1955, S. 408), so wie es zum Beispiel auch die Schweiz im zweiten Weltkrieg hinsichtlich der auf ihr Gebiet übergetretenen Angehörigen militärischer Verbände der Kriegführenden getan hat. War indes die französische Republik schon nach den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen zu einer Internierung der auf ihr Gebiet übergetretenen Angehörigen der spanischen Internationalen Brigade verpflichtet, so ist es unerheblich, ob sie sich zu einem derartigen Verhalten darüber hinaus auch noch durch ein nach Behauptung des Beschwerdeführers mit dem Deutschen Reich abgeschlossenes Geheimübereinkommen ausdrücklich verpflichtet hat, weil die Beachtung einer allgemeinen völkerrechtlichen Verpflichtung keineswegs als eine Unterstützung der Verfolgungstendenzen des Deutschen Reiches angesehen werden kann. Auch die lange Dauer der Internierung weist im gegenständlichen Fall nicht auf eine Anhaltung aus politischen Gründen hin. Eine Abschiebung von Angehörigen der Internationalen Brigade in ihr Heimatland Deutschland beziehungsweise Italien kam nicht in Frage, da sie dort wegen ihrer Zugehörigkeit zur Internationalen Brigade politischen Verfolgungen ausgesetzt gewesen wären. Andererseits konnte bei der großen Zahl eine Entlassung nicht erfolgen,

weil die Betroffenen zum größten Teil mittellose Personen waren, die keine Aufenthaltsbewilligung besaßen und eine unkontrollierte Belastung des Arbeitsmarktes herbeigeführt hätten\*). Mit Recht hat daher die belangte Behörde angenommen, daß die Internierung des Beschwerdeführers in den französischen Lagern zumindest bis zum 31. Juli 1940, bis zu welchem Zeitpunkt eine Einflußnahme des Deutschen Reiches nicht angenommen werden kann, nicht aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität erfolgt ist. Da es für die Beurteilung des heutigen Beschwerdefalles unerheblich war, ob das vom Beschwerdeführer behauptete Geheimabkommen abgeschlossen wurde oder nicht, hat die belangte Behörde auch keine Verfahrensvorschriften verletzt, wenn sie die zum Nachweis dieses angeblich abgeschlossenen Geheimabkommens beantragten Beweise nicht durchgeführt hat. Bei dieser Sach- und Rechtslage erübrigte sich auch die Prüfung der Frage, ob vorliegend überhaupt eine aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität erlittene polizeiliche „Haft“ im Sinne des § 13 a Abs. 1 OFG oder etwa nur eine Internierung anzunehmen war, wozu letztere keinen Anspruch auf Haftentschädigung gewährt (vgl. hiezu unter anderem das hg. Erkenntnis vom 24. März 1955, Zl. 1449/54).

Die Beschwerde erweist sich daher als unbegründet, weshalb sie gemäß § 42 Abs. 1 VwGG. abzuweisen war.

## WIR BITTEN um Nachricht

### Schutzbündler werden gesucht

Wir veröffentlichen heute eine neue, vervollständigte Liste der Namen von in der Sowjetunion verhafteten und verschickten Schutzbündern und ihrer Angehörigen aus der Zeit von 1936 bis 1941 aus dem Schutzbündlerkollektiv Baultschug in Moskau.

Karl Quartal, Wien, verhaftet 1937 in Moskau, Zwangslager Tscheljabinsk.

Dr. Rieder, Arzt, Wien/Lainz, verhaftet 1936 in Moskau, Zwangslager Workuta.

Dr. Simon Fink, Chemie, Wien, verhaftet 1936 in Moskau, Zwangslager Workuta.

Magister Pollak, Wien, verhaftet 1936 in Simke, Zwangslager Workuta.

Ing. Gustav Deutsch, Wien, verhaftet 1936 in Charkow, Zwangslager Workuta.

Agnes Deutsch, Wien, verhaftet 1936 in Charkow, Zwangslager Karaganda-Dolinke.

Professor Franz Masur-Masow, Stein an der Donau, verhaftet 1936 in Odessa, Zwangslager Workuta.

Richard Zark, Floridsdorf, verhaftet 1936 in Moskau, unbekannt.

Hans Waditschek, Wien, verhaftet 1936 in Moskau, unbekannt.

Franz Federbusch, Wien II, verhaftet 1936 in Leningrad, Zwangslager Workuta.

Josef Stadlbauer, Linz, verhaftet 1937 in Moskau, unbekannt.

Rudolf Rackwitz, Linz, verhaftet 1936 in Moskau, Zwangslager Koloma.

Viktor Kanotscher, Linz, verhaftet 1936 in Engels, unbekannt.

Josef Finster, Graz-Eggenberg, verhaftet 1937 in Moskau, Zwangslager Tscheljabinsk.

Josef Stanek jun., Graz, verhaftet 1936 in Jalta, Zwangslager Archangelsk.

Ing. Pabst, Graz, verhaftet 1936 in Moskau, Zwangslager Tschipiju-Promisl.

Josef Koppelhuber, Bruck an der Mur, verhaftet 1936 in Kostroma, Zwangslager Kolema.

Josef Goldberger, St. Michael, verhaftet 1936 in Rostow am Don, unbekannt.

Andreas Mader, St. Michael, verhaftet 1936 in Rostow am Don, unbekannt.

\*) Die Hervorhebung durch Fettdruck erfolgte durch die Redaktion.

Ferdinand Pilz, St. Michael, verhaftet 1936 in Rostow am Don, unbekannt.

Ludwig Zuber, St. Michael, verhaftet 1936 in Rostow am Don, unbekannt.

Karl Spinnkrug, unbekannt, verhaftet 1936 in Omsk, unbekannt.

Rudolf Korats, Donawitz, verhaftet 1937 in Moskau, unbekannt.

Frau Korats, Donawitz, verhaftet 1937 in Moskau, unbekannt.

Wilhelm Pichler, Donawitz, verhaftet 1937 in Moskau, unbekannt.

Sohn Pichler, Donawitz, verhaftet 1937 in Moskau, unbekannt.

Tochter Pichler, Donawitz, verhaftet 1937 in Moskau, unbekannt.

Johann Renner, Ybbs, verhaftet 1937 in Moskau, unbekannt.

Hans Ehmer, Amstetten, verhaftet 1936 in Leningrad, Zwangslager Tschipiju-Uchta.

Josef Palmer, Amstetten, verhaftet 1936 in Leningrad, unbekannt.

Franz Baumberger, Steyr, verhaftet 1936 in Moskau, Zwangslager Workuta-Rudnik.

Franz Baumberger jun., Steyr, verhaftet 1938 in Alexandrow, Zwangslager Ust-Usa.

Leopoldine Baumberger, Steyr, verhaftet 1938 in Alexandrow, Zwangslager Ust-Usa.

Finni Baumberger, Steyr, verhaftet 1938 in Alexandrow, Zwangslager Ust-Usa.

Josef Sappl, Hall in Tirol, verhaftet 1937 in Moskau, Zwangslager Karaganda-Karabas.

Leopold Zarker, St. Valentin, Oberösterreich, verhaftet 1936 in Moskau, Zwangslager Kolema.

Karl Wurm, Windischgarsten, verhaftet 1936 in Moskau, unbekannt.

Stefan Iwantschitz, Grünbach am Schneeberg, verhaftet 1936 in Moskau, Zwangslager Tschipiju-Wetlasch.

Franz Reiterer, Ternitz, verhaftet 1937 in Moskau, unbekannt.

Johann Aichinger, Mödling, verhaftet 1937 in Moskau, Petschora-Krutaja.

Franz Kastner, Felixdorf, verhaftet 1937 in Moskau, Zwangslager Ust-Uchta.

Frau Kastner, Felixdorf, verhaftet 1938 in Moskau, Koschwa.

Franz Farmer, Bad Ischl, verhaftet 1937 in Moskau, Zwangslager Workuta-Arbes.

\*

### Wer erinnert sich an Johann Leitameier?

Vor allem bitten wir heute unsere Spanienkämpfer, nachzudenken, ob ihnen der Name Leitameier irgendwie in Erinnerung ist. Er war als Spanienkämpfer auch drei Jahre lang Schutzhäftling im Block 8 in Dachau (Nr. 23.996) und könnte auch von dort jemandem von euch bekannt sein. Leitameier ist österreichischer Staatsbürger, 1903 in Prag geboren und zuständig nach Steyr. Obwohl er immer sozialdemokratisch eingestellt gewesen sein soll, kann er seine Mitgliedschaft bei der Sozialdemokratischen Partei nicht nachweisen. Erwähnenswert ist noch, daß ein deutsches Wiedergutmachungsgericht in einem ablehnenden Bescheid darauf verwiesen haben soll, die Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg auf Seite der Internationalen Brigade könne keineswegs schon genügen, um eine antifaschistische Einstellung zu beweisen; vielmehr könne Abenteuerlust ein ausreichendes Motiv gewesen sein, in die Internationale Brigade einzutreten!

Johann Leitameier beabsichtigt, seine ihm zustehenden Ansprüche gemäß der Wiedergutmachungsgesetzgebung geltend zu machen, und wir bitten alle Genossen, uns Nachricht zukommen zu lassen, wenn sie irgendwie zweckdienliche Angaben oder Zeugnisaussagen machen können.

# Man schreibt uns!

## Wir antworten!

### Es ist so weit!

In unserem Ministerrat und im Nationalrat geht man daran, den „Ehemaligen“ des 1000jährigen Reiches, die durch ihre Handlungen die Welt in das größte Unglück der Neuzeit gestoßen haben — gegen die ein Nero und die Inquisition Waisenkinder gewesen sind —, eine Entschädigung in die Hand zu drücken.

Ein starkes Stück!

Schon das NS-Gesetz in seiner Fassung war durch nichts begründet. Für diese Hochverräter hat das österreichische Strafgesetzbuch seine einschlägigen Paragraphen, für die „Arisierer“ das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch. Danach zu handeln, haben unsere maßgeblichen Stellen versäumt.

Kein Land in Europa, das von der Hitlerwehrmacht besetzt und niedergehalten wurde, hat lange überlegt, was es mit seinen Verrätern und Kollaborateuren zu machen hat. In Frankreich wurde der Nationalheld Marschall Petain, der Verteidiger von Verdun, eines der größten Schlachtfelder des ersten Weltkrieges, zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Bei uns jedoch kamen die „Herrenmenschen“, nachdem sie sich erst feige verkrochen hatten, aus ihren Verstecken zurück; siehe da, auf einmal waren sie wieder auf ihren Posten im öffentlichen Dienst, erhielten Nachzahlungen, Anrechnung von Dienstzeiten usw. Arisierer haben heute noch jüdischen Besitz in ihren Händen!

Es erscheinen wieder Zeitungen, denen man auch ohne aufgedrucktes Hakenkreuz die Goebbelsche Schule beim Lesen der ersten Zeile ansieht.

Ähnlich beim Rundfunk; man höre sich einmal die Frühsendungen des Salzburger Senders an, Märsche und Märsche. Wenn schon Märsche, dann aber keine preußischen! In Ämtern ist es sicherer, den Opferausschuss nicht vorzulegen, das geringste, was man da erlebt (persönlich), ist: „Für was haben Sie denn gekämpft?“

Wo man hinschaut „nazelt“ es noch oder schon wieder!

Es ist nicht Größenwahn von mir, wenn ich behaupte, daß das, was ich hier schreibe, jedem politisch Verfolgten vom Herzen kommt.

Jedenfalls: Es ist hoch an der Zeit, daß wir Aktivisten von gestern, die wir unser Leben für das neu-erstandene Österreich in die Schanze warfen, uns das alles in Erinnerung bringen und unser Veto den heute in Regierung und Parlament Verantwortlichen entgegenrufen: Halt, jetzt aber Schluß!

Hochverräter, Mörder und ihre Helfershelfer haben keine Vergünstigungen zu erhalten, geschweige solche zu verlangen. Uns haben sie die primitivsten Lebensnotwendigkeiten verweigert!

Dazu zählen auch die sogenannten „Volksdeutschen“. In ihren Heimatstaaten haben sie als Anhänger der Henleinpartei (Tschechoslowakei), im „Schwäbischen Kulturbund“ und im „Heimatbund“ (Jugoslawien) vor dem Krieg großdeutsche Propaganda mit Hilfe der berüchtigten „AO“ (NS-Auslandsorganisation, Sitz Stuttgart) gegen den Staat getrieben. Nach Einmarsch der Deutschen haben sie ihre anderssprachigen Mitbürger schikaniert und an die Deutschen denunziert, um sich zu bereichern.

Heute wollen viele von uns bemitleidet werden, fordern Dinge, die oft nicht einmal ein österreichischer Bundesbürger verlangt. Staatsanstellungen, Gewerbe-

berechtigungen, Kredite usw. werden diesen Leuten von unseren Regierungsstellen gegeben; auf der anderen Seite weiß mancher politisch Verfolgte nicht, wie er leben und arbeiten soll.

Unsere Kriegsinvaliden und Bombengeschädigten sind nicht aus dem österreichischen Staatsvermögen zu befriedigen, sondern Deutschland hat diese Menschen zu entschädigen. Österreich wurde 1938 vergewaltigt, und unser Land mußte die Kriegsergebnisse ungewollt über sich ergehen lassen, ohne sich wehren zu können. Die sich dagegen gewehrt hatten, saßen schon in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern, soweit sie von den Hakenkreuzbestien noch nicht erschlagen oder an den Fleischhaken gehängt waren!

In diesem Zusammenhang ist es auch unverständlich für einen politisch Verfolgten, daß österreichische Minister im Rundfunk und Zeitung sagen: „Ja, wir haben einen Krieg verloren!“

Ein Land in ähnlicher Lage, Luxemburg, wurde ebenfalls überrannt und zum „Gau Luxemburg“ erhoben. Auch die Luxemburger mußten zur Wehrmacht einrücken, genau so wie die sogenannten „Ostmärker“. Auch Luxemburg hat infolge der Kriegsergebnisse große Schäden an seiner Wirtschaft, seine Bewohner an ihrem Hab und Gut, Luxemburger wurden zu Krüppeln gemacht. Der luxemburgische Staat verlangte für all das von Deutschland Schadengutmachung und erhält sie auch. Und was macht Österreich?

Freundschaft!  
Stephan M. (Graz)

\*

### „Es steht ein Schloß in Österreich...“

Durch die Presse ging die Nachricht, daß der frühere Handelsminister DDDr. Illig die 700 Jahre alte Burg Schläining von der burgenländischen Landesregierung gekauft hat. Er hat die Absicht, sie als seinen privaten Wohnsitz zu wählen und stilgerecht einzurichten. Auch die beträchtlichen Erhaltungskosten will er selbst tragen.

Es ist eigentlich unverständlich, daß diese Meldung keine heftigere Reaktion der öffentlichen Meinung auslöste. Es müßte doch den kleinen Wähler interessieren, was das Schloß gekostet hat und welcher Betrag für die „stilgerechte Einrichtung“ und die Erhaltung benötigt wird. Niemand wird dabei von einer Einmischung in private Angelegenheiten sprechen. Ein Mann, der als Minister in der Öffentlichkeit gestanden ist, der eine so hohe Verantwortung getragen hat, muß auch über sein Vermögen Rechenschaft ablegen können.

Gerade in diesem Fall ist es völlig undurchsichtig, wieso sich ein Minister ein Schloß kaufen und es erhalten kann. Dafür reicht doch unmöglich ein Ministergehalt allein aus. Hat DDDr. Illig noch andere Einkunftsquellen? Welche wären das? Und: Stehen diese Quellen auch wirklich nicht im Zusammenhang mit seiner ministeriellen Tätigkeit?

Jedenfalls wäre es begrüßenswert, daß der Öffentlichkeit Aufklärung über diese Vorgänge gegeben wird.

„Freundschaft!“ S. F. (Wien)

\*

### Das Fiasko der Suez-Konferenz

Die Londoner Konferenz, welche die freie Schifffahrt durch den Suezkanal gewährleisten sollte, sah sich vor ein schweres Handicap gestellt. Die Westmächte, die sich auf die Heiligkeit von Verträgen berufen, haben selbst tatenlos zugesehen, als die Konvention, das Um und Auf der Londoner Konferenz, dauernd verletzt wurde.

Die Konvention von Konstantinopel aus dem Jahre 1888 verpflichtete Ägypten, den Suezkanal zu jeder Zeit und für alle Handels- und Kriegsschiffe ohne Unterschied der Nationalität offenzuhalten. Die ägypt-

### Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

tische Regierung hat sich jedoch in krasser Weise über diese Vorschrift hinweggesetzt, indem sie im Zuge der Blockade, die sie gleich nach Beginn der Feindseligkeiten im Jahre 1948 gegen den Staat Israel verhängte, den Suezkanal für israelische Schiffe sowie für Schiffe anderer Länder, welche israelische Häfen verließen oder anlaufen wollten, sperrte. Die Unterzeichner der Konvention unterließen es, sofort Einspruch zu erheben. Der Rechtsbruch vollzog sich die ganzen Jahre hindurch vor den Augen der Suezkanal-Gesellschaft und der britischen Truppen, die längs dem Suezkanal bis zur Räumung dieser Zone stationiert waren. Der Rechtsbruch fand keine Sühne.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befaßte sich auf Grund eines Antrages der israelischen Regierung erstmals in den Jahren 1950/51 mit diesem Streitfall. In einer Resolution vom 1. September 1951 forderte der Sicherheitsrat Ägypten auf, die rechts-widrige Beschränkung der freien Schifffahrt aufzuheben und die bestehenden internationalen Vereinbarungen zu beachten.

Die Regierung Ägyptens hielt sich jedoch nicht an diesen Beschluß. Als Ägypten in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 die Blockade des Suezkanals Israel gegenüber sogar noch verschärfte, wandte sich Israel mit erneuten dringlichen Vorstellungen an den Sicherheitsrat. Ein Antrag, in dem der Sicherheitsrat der ernststen Besorgnis über die Mißachtung seiner Resolution vom 1. September 1951 seitens Ägyptens Ausdruck verlieh und die Gemischte Waffenstillstandskommission zur materiellen Prüfung der Klage einlud, wurde zwar mit acht gegen zwei Stimmen angenommen; er scheiterte aber gleichwohl an dem Veto der Sowjetunion als eines permanenten Ratsmitgliedes. Ein letztes Mal kam die Blockade des Suezkanals vor den Sicherheitsrat, als am 29. September 1954 das israelische Frachtschiff „Bath Galim“ und seine Ladung beim Passieren des Kanals beschlagnahmt und die Mannschaft ins Gefängnis gesteckt wurde.

Die Vertreter der Westmächte stellten damals gar keinen Antrag mehr. Sie verzichteten wohl offenbar darauf, weil mit Sicherheit ein neuerliches Veto der Sowjetunion zu erwarten war. Nicht weniger nahe liegt aber auch die Annahme, daß die Westmächte in jenem Zeitpunkt keine sonderliche Lust verspürten, die ägyptische Regierung in aller Form ins Unrecht zu setzen. Der Ratspräsident, es war dies der Vertreter von Neuseeland, beschränkte sich darauf, in seinem Schlußwort das Ergebnis der Debatte dahin zu deuten, daß die Mehrheit des Sicherheitsrates die Resolution vom 1. September 1951 auch weiterhin als gültig betrachte. Damit hatte es sein Bewenden.

In der Unterhausdebatte vom 2. November des gleichen Jahres (1954) mußte die britische Regierung aus dem Munde des Sprechers der Labour-Opposition, Herbert Morrison, den Vorwurf entgegennehmen, sie habe es bewußt unterlassen, die vollständige Freiheit der Schifffahrt durch den Suezkanal, also auch für Israel, zu einer Bedingung für die Räumung der Kanalzone durch die britischen Truppen zu machen. Die Regierung habe nur den frommen Wunsch ausgesprochen, die ägyptische Regierung möge die Diskriminierung israelischer Schiffe aufheben.

So blieb es denn bei einem platonischen Protest des Sicherheitsrates, und Ägypten konnte Israel gegenüber die Verletzung der Suezkanal-Konvention bis auf den heutigen Tag ungestraft fortsetzen. Die schwächliche Haltung der Westmächte, nicht zuletzt durch die betonte „Appeasement“-Politik bestimmt, welche die amerikanische Regierung dem ägyptischen Diktator gegenüber auf Kosten des jüdischen Staates befolgte, rächt sich heute in vollem Ausmaß.

Die moralische wie die rechtliche Position der westlichen Welt an der Londoner Konferenz war durch die geschilderten Umstände stark beeinträchtigt. Denn die Westmächte haben das Unrecht, über das sie sich heute entrüsten, weil es ihnen zugefügt wurde, geschehen lassen, als es gegen einen anderen und Schwächeren gerichtet war. So haben die Westmächte einen Präzedenzfall geschaffen, der sich — in der Geschichte wiederholt sich alles — letzten Endes gegen sie selbst gewendet hat.

J. M. (Salzburg)

## Wozu brauchen wir ein Heer?

Ich komme viel in Österreich herum. Immer wieder höre ich in Gesprächen die Frage: Wozu brauchen wir in unserem kleinen Staat ein Heer? Hat es einen Zweck, dafür soviel Geld aufzuwenden? Kann das Bundesheer — selbst wenn es 40.000 Mann stark sein sollte — den starken Armeen unserer Nachbarstaaten im Ernstfall wirksamen Widerstand leisten? Man könnte einen Grenzwachdienst doch auch mit Polizei, Gendarmerie oder einem verstärkten Zollschutz einrichten. Das käme vor allem viel billiger!

E. W. (Saalfelden)

## Wir antworten:

Österreich hat zur Wahrung seiner Unabhängigkeit und zum Beweis seiner Friedensliebe feierlich immerwährende Neutralität erklärt. Wir wollen diese Neutralität nach besten Kräften erhalten und verteidigen. Zu diesem Zweck wurde auch das Bundesheer geschaffen. Unsere Nachbarn müssen das Gefühl haben, daß ein bewaffneter Konflikt mit Österreich hohen Kräfteinsatz erfordern würde und außerdem mit politischem Risiko verbunden wäre, da wir unter dem Schutz der Vereinten Nationen stehen. Aber welche ausländische Macht wäre bereit, uns zu helfen, wenn wir selbst nichts zum Schutz unserer staatlichen Freiheit beitragen? Die Streitkräfte des Bundesheeres müssen daher unsere Grenzen so lange verteidigen können, bis Hilfe von außen für uns wirksam werden kann. Der Schutz unseres Landes soll nicht nur Sache besoldeter Beamter, sondern eine Aufgabe des ganzen freiheitsliebenden österreichischen Volkes sein. Die allgemeine Wehrpflicht — verankert im Wehrgesetz — ruft jeden österreichischen Staatsbürger, sich für die Erhaltung der Neutralität und der Verteidigung unseres Landes verantwortlich zu fühlen.

Wir haben zu dieser Frage in unserer Zeitung schon vor längerer Zeit eine ausführliche Diskussion gebracht\*.

\*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 7/8/9, Juli/September 1955, S. 2 ff.

**WIENER STÄDTISCHE  
VERSICHERUNGSANSTALT**  
GESCHÄFTSSTELLEN IM  
GANZEN BUNDESGEBIET



## Neonazistische Tendenzen

„Es geht auch ohne Partei und großes Gerede!“ stand in einer Nummer des neonazistischen und antisemitischen Linzer Hetzblattes „Die Plattform“. Diese wirkliche (oder fiktive) Leserschrift gibt ein klares Bild über die Stimmung, die Wünsche und die Zukunftshoffnungen gewisser Leute in Österreich. Es ist offenbar, daß es sich um zwar kleine, aber gut organisierte Gruppen handelt, welche die Elitekader der ehemaligen NSDAP und ihrer militanten Gliederungen darstellen und anscheinend auch über nicht unbeträchtliche Geldmittel verfügen.

Von diesen Kreisen wird in sehr geschickter Weise das Gift des Nazismus innerhalb unseres Landes propagiert, wobei diese Propaganda auf einen Boden fällt, der sozusagen traditionell-geschichtlich präpariert worden ist.

Man ist gegenwärtig in Österreich dabei, die gesamte „Belastungshypothek“ der Besatzungszeit abzubauen. Völlig geschichtswidrig werden diese Bestrebungen dahin kommentiert, daß es dabei um die Aufhebung von Gesetzen und Verordnungen geht, die unter dem Druck der Besatzungsmächte entstanden sind. Es wird hiebei geflissentlich vergessen, daß alle diese Gesetze und Verordnungen unter dem noch lebendigen Eindruck der Greuelthaten des Nazismus erlassen worden sind und nur die wenigsten dieser Gesetze oder Verordnungen auf einen Auftrag der Besatzungsmächte zurückgeführt werden können.

Ein nicht unwesentlicher Teil dieser Gesetze und Verordnungen ist zum Schutze der jungen österreichischen Demokratie, zur Ausmerzungen der Wirkungen und Spuren des Nazismus erlassen worden. Durch verschiedene „Novellierungen“ sollen diese Gesetze jetzt zur Gänze aufgehoben oder durch zum Teil vollkommen innere Aushöhlung jeden praktischen Wert verlieren. Die Rechnung hiefür werden alle die Personen bezahlen, die während des NS-Regimes wegen ihrer Abstammung oder aus politischen und religiösen Gründen verfolgt worden sind.

Ich empfinde es daher als eine besondere Tragödie, die gerade anlässlich der letzten Wahlen zum Nationalrat offenbar geworden ist, daß beide Regierungsparteien im Rennen um die Nazistimmen Kopf an Kopf liegen. Den ehemaligen Nazis wurden verschiedene Versprechungen gemacht; da sie aus der jüngsten Zeit stammen, sind sie in der Praxis natürlich viel wirklicher als die den Opfern des nationalsozialistischen und austrofaschistischen Ära aus moralischen und ethischen Gründen verheißenen Maßnahmen einer echten Wiedergutmachung, die schon aus den Jahren 1946 oder 1947 stammen.

Die Gefahr einer geistigen oder faktischen Renazifizierung in Österreich wird geflissentlich übersehen und völlig geringgeschätzt. Man fühlt sich stark genug, den Nazismus ideologisch abzulehnen, übersieht aber dabei, daß man den ehemaligen Nationalsozialisten eine Konzession nach der anderen macht und sie hiedurch ermuntert und stärkt. Man übersieht auch, wie sehr es den ehemaligen Nationalsozialisten schon gelungen ist, in der Verwaltung, in der Exekutive und in der Wirtschaft Positionen zu besetzen.

Fritz F. (Wien)

**Wir ersuchen jene Genossinnen und Genossen, die den Mitgliedsbeitrag noch nicht voll entrichtet haben, diesen ehestens in den Sprechstunden ihrer Bezirksgruppen zu bezahlen.**

## Aus dem Wiener Landesverband

### Wir danken unseren Genossen

Nach dem Abschluß des Internationalen Treffens der Widerstandskämpfer in Wien hat der Bundesvorstand unseres Bundes an alle Genossen, die zum Erfolg dieses Treffens so begeistert beigetragen und es zu einem einmaligen, unvergeßlichen Erlebnis gemacht haben, den herzlichsten Dank zum Ausdruck gebracht. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Liebe Genossen und Genossinnen!

Unsere Gäste sind bereits wieder in ihrer Heimat, und viele Kartengrüße, welche die gute Ankunft melden, sind schon eingetroffen.

Es waren schöne Tage, die wir mit unseren Leidens- und Kampfgefährten erleben konnten. Die Bande der Freundschaft und Verbundenheit wurden dadurch neu geknüpft und vertieft. Dies ist auch der tiefere Sinn des Treffens gewesen. Wir haben erfahren, daß wir alle die gleichen Sorgen haben, daß wir den gleichen Kampf führen, und wir durften feststellen, daß auch unsere deutschen Genossen und Genossinnen nicht müde geworden sind und auch heute für unsere Idee kämpfen.

Noch einmal wollen wir Euch sagen, wie sehr beeindruckt unsere Gäste von den Erlebnissen in Wien waren. Angefangen vom Empfang am Westbahnhof, dem Freundschaftsabend in den Bezirken, der Rundfahrt, oder ob es nun das Theater, der Fackelzug der Jugend, der herrliche Maiaufmarsch der Wiener Arbeiter war, die Begeisterung war anhaltend. Und tief beeindruckt von der Kundgebung in Mauthausen, nahmen wir Abschied von ihnen.

Viele anerkennende und freundliche Worte des Dankes wurden gesprochen und eines steht fest, die Freundschaft zwischen uns und der deutschen Bruderorganisation ist gefestigt worden.

Wir können mit dem Erfolg dieser Kundgebung zufrieden sein, das Treffen war ein Erfolg für die Parteien beider Länder — für den internationalen Sozialismus —, es war ein neuerliches Bekenntnis für den Kampf um Freiheit und Demokratie.

Daß wir diesen Erfolg buchen können, danken wir Euch und Eurer selbstlosen Mitarbeit. Eurer Arbeit ist es zuzuschreiben, daß unseren Gästen der Wiener Aufenthalt so schön gemacht worden ist. Sie sind nach Hause gefahren mit dem Bewußtsein, daß die berühmte Wiener Gastfreundschaft keine leere Phrase ist. Es waren ausnahmslos alle von der guten Unterbringung, von der Freundlichkeit und Fürsorge der Gastgeber beeindruckt.

Im Namen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer danken wir Euch herzlichst für die viele Arbeit, die so uneigennützig — und zusätzlich zur Wahlarbeit — geleistet worden ist, und wir bitten Euch, unseren Dank an alle Quartiergeber weiterzugeben.

Von unseren Kampfgenossen und Leidensgefährten aus Deutschland sind viele Briefe und Kartengrüße bei uns eingetroffen, die alle das große Erleben zum Ausdruck bringen, das unsere Kundgebung in Wien und das Internationale Treffen bedeutet hat.

\*

## Die Bezirke berichten:

### Meidling

Josef Heriszt †. Am 24. August verschied nach längerem schwerem Leiden Genosse Josef Heriszt im Alter von 76 Jahren. Genosse Heriszt war ein treuer und aufopferungsvoller Sozialist. Als im Jahre 1934 die sozialistischen Organisationen aufgelöst wurden, war es Genosse Heriszt, der in seiner Wohnung in der Malfattgasse sofort mit der illegalen Arbeit begann. Er richtete dort ein Depot für illegale Druckwerke ein und belieferte den ganzen 12. Bezirk damit. Durch Verrat wurde die Polizei aufmerksam, Genosse Heriszt wurde verhaftet und zu einer längeren Kerkerstrafe verurteilt. Aus der Haft entlassen, hatte er seine Wohnung verloren und mußte sich außerhalb des 12. Bezirkes ansiedeln. Ganz an der Peripherie der Stadt, an der Donau, errichtete er sich eine primitive Wohnmöglichkeit. Erst im Jahre 1945 konnte er sich aus eigener Kraft ein eigenes Heim errichten. Immer aber hat Genosse Heriszt der Arbeiterbewegung treu zur Seite gestanden.

Am 28. August wurde Genosse Heriszt den Flammen übergeben. Im Krematorium sprach Genosse Krenn im Namen aller ergreifende Worte des Gedenkens.

Wir werden unserem Genossen Heriszt immer ein gutes Angedenken bewahren! Niemals vergessen!

### Währing

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Währing hielt am 2. März 1956 ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Der Obmann, Genosse Fleischmann, konnte eine gut besuchte Versammlung begrüßen. Nach der Eröffnung gedachte der Vorsitzende aller verstorbenen Genossinnen und Genossen, insbesondere aller jener, die im Kampf um die Freiheit und durch die Verfolgung wegen ihrer Abstammung oder ihrer Rasse ihr Leben lassen mußten.

Nach dem Bericht des Obmannes über die Tätigkeit der Bezirksgruppe gab Genosse Adler einen kurzen Überblick über Gesetze und Verordnungen, die Fragen der Opferfürsorge betreffen. Nach Erstattung des Kassenberichtes wurde

über Vorschlag der Kontrolle dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt.

Gemeinderat Genosse Franz Schreiner behandelte in seinem Referat alle gegenwärtig aktuellen politischen Tagesfragen. Sein Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde die Wahl des neuen Vorstandes vorgenommen. In seiner Eigenschaft als Obmann des Wahlkomitees sprach Genosse Josef Papouschek und brachte folgende Vorschläge:

1. Obmann: Genosse Viktor Fleischmann.
  2. Obmann: Genosse Adolf Adler.
- Schriftführer: Genosse Franz Pavelka.  
Kassier: Genossin Margarete Löw.

Kontrolle: die Genossen Hans Slovencik und Josef Pinteritsch. Die Genossen wurden einstimmig gewählt.

Nach zweistündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen.

## Floridsdorf

Franz Mayer †. Am Freitag, dem 20. April 1956, starb unser treuer und verlässlicher Kampfgefährte aus den Februartagen 1934, Genosse Franz Mayer; er war einer jener, die trotz des Terrors des Ständestaates und der Strafen, die im Falle des Erwischtwerdens bevorstanden, illegal weiterarbeiteten. Er war mit Herz und Seele bei der Sache, um den verfolgten Familien über die ärgste Not hinwegzuhelfen. Für seinen mutigen Einsatz wollen wir ihm stets ein ehrendes Angedenken bewahren und ihn niemals vergessen.

Das Begräbnis fand am Donnerstag, dem 26. April 1956, auf dem Jedleseer Friedhof statt. Die Bezirksgruppe war durch zahlreiche Mitglieder und ihre Fahne vertreten. Gemeinderat Genosse Josef Kohl hielt namens der Bezirksorganisation und der Bezirksgruppe Floridsdorf einen von den Anwesenden tiefempfundnen Nachruf. ... Niemals vergessen.

\*

Karl Jasniger, Magdalene Kozak †. In den Monaten April und Mai verstarben unsere treuen Mitglieder Genossin Magdalene Kozak und Genosse Karl Jasniger.

Wir werden beiden Dahingeschiedenen ein ehrendes Angedenken bewahren.

## Aus den Landesorganisationen

### Niederösterreich

St. Pölten. Jahresversammlung. Die Jahresversammlung wurde am 21. April 1956 im Gasthof Lenk, Wiener Straße 4/5, abgehalten.

Obmann Genosse Rudolf Ziegelwagner begrüßte die anwesenden Genossen und Genossinnen und die Referentin, Genossin Muhr aus Wien, sowie den Bürgermeister von St. Pölten, Genossen Wilhelm Steingötter.

Nach einer Gedenkminute für die im vergangenen Jahr verstorbenen Genossen und für alle jene Genossen, die im Kampf für ein freies Österreich gestorben sind, brachte Genosse Ziegelwagner einen Bericht über die Bundeshauptversammlung 1955 in Wien und die Berichte über das abgelaufene Jahr.

Den Kassenbericht erstattete Genosse Franz Heindl, unser altbewährter Kassier, welcher zur vollsten Zufriedenheit aller Versammelten zur Kenntnis genommen wurde. Dann brachte namens der Kontrolle Genosse Franz Lugmeier den Bericht und stellte den Antrag auf Entlastung des Ausschusses. Er sprach dem Ausschuß den Dank aller Genossen aus, insbesondere aber dem Obmann, Genossen Rudolf Ziegelwagner, für seine aufopferungsvolle Arbeit auf dem Gebiet der Opferfürsorge und des Bundes.

Der Obmann dankte den Genossen und Genossinnen sowie allen Mitarbeitern für ihre Unterstützung.

Sodann sprach unser allverehrter Bürgermeister, Genosse Dr. Wilhelm Steingötter, über die Nationalratswahlen 1956 und über die Gedenkstätte Mauthausen, wo die sozialistischen Freiheitskämpfer unter den ersten Opfer waren, die in diesem Massen-KZ für die Idee des Sozialismus zugrunde gingen.

Der wirkliche Sozialist ist immer ein bescheidener Mensch und ein echter Verfechter seiner Idee. Die Kommunisten haben da wahrlich keine Ursache, auf Rußland stolz zu sein; denn es ist noch nicht so lange her, als im Jahre 1934 viele Genossen vor den faschistischen Henkersknechten aus ihrer Heimat nach Rußland geflüchtet sind, weil sie glaubten, im „Vaterland der Werktätigen“ Schutz zu finden, dort aber verfolgt wurden und ebenfalls elend zugrunde gingen oder noch heute verschollen sind.

Anschließend sprach unsere Genossin Muhr, welche selbst viele Jahre im KZ verbringen mußte. Sie sprach über den illegalen Kampf der Freiheitskämpfer 1934 bis 1945 und rief zum Kampf auf für den 13. Mai.

Genossin Muhr sprach noch über die russische Revolution sowie ihre Satellitenstaaten und den Stalinkult. Zum Abschluß ihrer Ausführungen brachte Genossin Muhr einige Berichte über die Opferfürsorge sowie die noch nicht fertig ausgearbeitete 11. Novelle zum OFG.

Die darauffolgenden Neuwahlen in den Ausschuß brachten das nachstehende Ergebnis:

1. Obmann: Genosse Rudolf Ziegelwagner;
2. Obmann: Genosse Karl Reiter;
1. Kassier: Genosse Franz Heindl;
2. Kassier: Genosse Karl Hellerschmied;
1. Schriftführer: Genossin Anny Neurath;;
2. Schriftführer: Genosse Josef Franck;

Kontrolle: Die Genossen Franz Lugmaier und Stanislaus Kummerer;

Opferfürsorgereferent: Genosse Rudolf Ziegelwagner; Mitgliedsbetreuung und Veranstaltungen: Genosse Karl Hellerschmied;

Vertrauensmänner: Die Genossen Hubert Paschinger (Lilienfeld), Karl Hellerschmied (St. Pölten), Johann Riedinger (Neulengbach), Ferdinand Kostal (Hainfeld), Cyrill Loubal (Wilhelmsburg) und Anton Rauschmayer (Herzogenburg).

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Ferdinand Kostal, Karl Reiter, Hubert Paschinger, Johann Riedinger und Rudolf Ziegelwagner;

Delegierte der Bundeshauptversammlung: Die Genossen Hubert Paschinger, Karl Hellerschmied und Rudolf Ziegelwagner.

Unter dem Punkt Allfälliges hatten Genosse Loubal und Genosse Otzelt verschiedene Fragen in bezug auf Wiedergutmachung, Unterstützung und Beamtenentschädigung in der Privatindustrie.

Zum Abschluß der Versammlung wurde mit dem Einverständnis aller Genossen beschlossen, für verstorbene Genossen einen Kranzspendenbeitrag von 2 S einzuheben.

Die Versammlung wurde mit einem herzlichen „Freundschaft“ um 18 Uhr geschlossen.

\*

St. Pölten. Die Bezirksleitung St. Pölten des Bundes der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus unternahm am 22. April 1956 mit einem Autobus eine Gedenkfahrt nach Mauthausen. Die Führung in Mauthausen übernahm Obmann Genosse Rudolf Ziegelwagner, dem an dieser Stelle herzlich gedankt wird. Es gab während der Schilderungen der Grausamkeiten wohl kaum einen unter den Teilnehmern, der an dieser Stätte des Grauens nicht zu Tränen erschüttert wurde. Jeder einzelne hatte nur den einen Wunsch: „Möge sich solch ein Unrecht niemals wiederholen!“

Zum Abschluß wurde nochmals in Mautern gehalten, wo unsere jungen Musiker ihr Bestes gaben, um diesen schönen Tag zu einem würdigen Abschluß zu bringen. Auch diesen Genossen sei hier bestens gedankt.

Auf der Rückfahrt hatten alle Genossen auch Gelegenheit, das Donaukraftwerk Persenbeug zu besichtigen und die ungeheure Aufbauarbeit zu bewundern, die dort von unseren Genossen geleistet wird.

### Vorarlberg

Auf der Bundeshauptversammlung am 28. April 1956 ist die Mitteilung von der Gründung des Landesverbandes Vorarlberg unseres Bundes zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Genossen im Bundesland Vorarlberg, die sich noch nicht mit ihrem neuen Landesverband in Verbindung gesetzt haben, mögen dies so bald als möglich machen. Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer soll auch in unserem Lande seine Aufgabe noch besser als bisher erfüllen können.

**Arbeiter! Angestellte!**

**Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!**

**Betriebsrat!**

**Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!**

Die Betriebsbüchereien  
werden betreut durch die

**Reise- u. Versandbuchhandlung**

des

**Österreichischen  
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

**Kammern für Arbeiter und Angestellte**

HERRN  
 MARSAL VIKTOR  
 WIEN XXI/141  
 FULTONSTR. 5-11/1/1/3

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

## Arbeiter und Angestellte

sparen

für Anschaffungen und  
Urlaubsreisen

bei der **Zentralsparkasse**

DER GEMEINDEWIEN

(Unter Haftung der Stadt Wien)

Wien I, Wipplingerstraße 8

34 Zweiganstalten

**Redaktionsschluß**  
für die nächste Nummer: 13. November

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. U 21 6 20. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

## Sprechstunden

### in unseren Wiener Bezirksgruppen

- |   |   |
|---|---|
| 1. Erdberggasse 9 .....                     | Mi. 17 bis 18 Uhr                           |
| 2. Erdberggasse 25 a .....                  | Di. 16 bis 18 Uhr                           |
| 3. Erdstraßer Hauptstraße 41 ..             | Fr. 18 bis 20 Uhr                           |
| 4. Erdstraßer Hauptstraße 60 b ..           | Mo. 18 bis 19 Uhr                           |
| 5. Erdberggasse 27 .....                    | Mi. 18 bis 19 Uhr                           |
| 6. Otto-Bauer-Gasse 9 .....                 | Do. 19 bis 20 Uhr                           |
| 7. Neubaugasse 25 .....                     | Do. 18 bis 19 Uhr                           |
| 8. Josefstädter Straße 39 .....             | Do. 17 bis 18 Uhr                           |
| 9. Dreihackengasse 7 .....                  | Mi. 17 bis 19 Uhr                           |
| 10. Tolbuchinstraße 8/10, I. ....           | Di. 17 bis 19 Uhr                           |
| 11. Simmeringer Hauptstraße 80              | Jeden 2. u. 4. Mo.<br>18 bis 19 Uhr         |
| 12. Ruckergasse 40 .....                    | Mi. 18 bis 19 Uhr                           |
| 13. Hietzinger Hauptstraße 22 ....          | Di. 18 bis 20 Uhr                           |
| 14. Linzer Straße 297 .....                 | Fr. 17 bis 19 Uhr                           |
| 15 a. Hackengasse 13 .....                  | Mi. 17 bis 19 Uhr                           |
| 15 b. Rustengasse 9 .....                   | Fr. 18 bis 19.30 Uhr                        |
| 16. Zagorskigasse 6 .....                   | Do. 17.30 bis 19 Uhr                        |
| 16. Liebharts-gasse 56 .....                | Do. um 17.30 Uhr                            |
| 17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26          | Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit |
| 18. Gentzgasse 62 .....                     | Fr. 18 bis 20 Uhr                           |
| 19. Billrothstraße 48 .....                 | Di. 17 bis 19 Uhr                           |
| 20. Raffaelgasse 11 .....                   | Do. 18.30 bis 20 Uhr                        |
| 21. Prager Straße 33 .....                  | Mo. 17 bis 19 Uhr                           |
| 22. Donauefelder Straße 259 .....           | Mo. 18 bis 19 Uhr                           |
| 23. Liesing,<br>Breitenfurter Straße 2 .... | Jeden 1. u. 3. Mo.<br>18 bis 19 Uhr         |

### in unseren Fachgruppen

Polizei:

- |                              |               |
|------------------------------|---------------|
| 9. Berggasse 41              | Jeden 1. Do.  |
| Parterre (Hausverwaltung) .. | 14 bis 16 Uhr |

### in unseren Landesverbänden

**Niederösterreich:**

- |  |   |
|--|---|
| Mödling, Bezirkssekretariat der<br>SPÖ, Hauptstraße 42 ..... | jeden ersten Sonntag<br>im Monat von<br>10 bis 11 Uhr |
|--|---|

- |   |                  |
|---|------------------|
| St. Pölten, Bezirksleitung,<br>St. Pölten, Prandtauerstraße 4 | Sa. 9 bis 12 Uhr |
|---|------------------|

**Burgenland:**

- |  |                   |
|--|-------------------|
| Eisenstadt, Bezirkssekretariat<br>der SPÖ, Hauptstraße 5 ..... | tgl. 9 bis 12 Uhr |
|--|-------------------|

**Kärnten:**

- |  |                                 |
|--|---------------------------------|
| Klagenfurt, Kammerbücherei<br>der Arbeiterkammer, Bahnhof-<br>straße 42, bei Genossin Lona<br>Sablatnig und Genossen Eduard<br>Goritschnig ..... | tgl. außer Sa.<br>10 bis 12 Uhr |
|--|---------------------------------|

**Oberösterreich:**

- |  |  |
|--|--|
| Linz, Landstraße 36, II. Stock,<br>Zimmer 24 ..... | Di., Mi., Do. u. Sa.<br>von 15 bis 19 Uhr                            |
| Steyr, Damberggasse 2 .....                        | jeden ersten und<br>dritten Samstag<br>im Monat von 10<br>bis 11 Uhr |

**Salzburg:**

- |  |  |
|--|--|
| Sprechstunden entfallen bis auf<br>weiteres. |  |
|--|--|

**Steiermark:**

- |  |                   |
|--|-------------------|
| Graz, Südtiroler Platz 13,<br>Zimmer 17 .....  | Mi. 17 bis 19 Uhr |
| Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,<br>Kirchplatz 5 |                   |

**Tirol:**

- |  |                                 |
|--|---------------------------------|
| Innsbruck, Salurner Straße 2,<br>2. Stock, Zimmer 40 ..... | tgl. außer Sa.<br>15 bis 18 Uhr |
|--|---------------------------------|